Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 234. Montag, den 7. Oktober 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Verurteilung der Dreiklassenwahl.

Als nach den Januarwahlen dieses Jahres Bülows Regierung einen kargen Scheinerfolg errungen hatte, ward in Berlin stolz verkündet, die Sozialdemokratie sei niedergeritten. Acht Monate später, in den letzten Tagen, tritt in Magdeburg die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zusammen. Die Männer, deren große Gelehrsamkeit am lautesten von denen gerühmt zu werden pflegt, die das Wort vom Niederreiten am meisten bejubelt hatten und die sich größtenteils berufsmäßig mit der Erforschung der sozialen Bewegung zu beschäftigen haben, erörterten die Verfassung der deutschen Gemeinden. Und siehe da: es wurde eine große Debatte über die Sozialdemokratie daraus! Die Vertreter der Wissenschaft scheinen also nicht daran zu glauben, daß die Sozialdemokratie niedergeritten sei. Die Bedeutung der diesjährigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik liegt denn auch ausschließlich in den Debatten über Wahlrecht und Sozialdemokratie, die am dritten Tage gepflogen wurden; ohne diese Debatten wäre die Tagung kaum des Erwähnens wert.

Zwei Gegenstände standen auf der Tagesordnung: die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten und die Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Städte. Über den ersten Punkt der Tagesordnung wollen wir nicht berichten, weil die Art und Weise, wie die Frage behandelt wurde, für unsere Leser wenig Interesse bietet. Unter den volkswirtschaftlichen Beamten, über deren Ausbildung der Verein für Sozialpolitik diskutierte, versteht man nicht etwa Staats- oder Kommunalbeamte. Deren Ausbildung ist durch staatliche Verfügungen vorgeschrieben. Sie müssen alle, ohne Ausnahme, mindestens ihre sechs Semester Jura studieren und dann ihre Vorbereitungszeit im Justizdienst absolvieren. Aber neben ihnen gibt es zurzeit in Deutschland etwa 1400 Beamte der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern sowie privater Interessentenvereinigungen, und deren Bildungsgang ist nirgends vorgeschrieben. Die Frage, die zur Erörterung stand, war also diese: Wie ist die Ausbildung dieser Beamten am zweckmäßigsten zu gestalten? Die Antwort darauf suchte ein ganzes Dutzend Professoren der Jurisprudenz und der Nationalökonomie, und man kann sich nun leicht denken, wie sie ausfiel. Jeder hielt vor allem die Kenntnisse, die in seiner Fakultät gelehrt werden, für unerläßlich, und es hub ein zwar interessanter, mit viel Geist und dialektischer Geschicklichkeit geführter Kampf an, der sich um die Frage drehte, wie viel oder wie wenig Juristerei die jungen Studentlein betreiben sollten, die Talent zum Beruf eines volkswirtschaftlichen Beamten in sich verspürten. Praktisch kam dabei aber nichts heraus, wenigstens nichts, was den Nichtfachmann interessieren könnte.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Städte, beschäftigt die interessierten Kreise schon seit längerer Zeit. Der Verein für Sozialpolitik hatte, seiner bewährten Methode folgend, die Verhandlungen über diesen Gegenstand durch eine Enquete eingeleitet, die in zahlreichen Bänden reiches Material über die Verfassung und Verwaltung deutscher, österreichischer und schweizerischer Städte vereinigte. In den Monographien über die einzelnen Städte, die größtenteils von bewährten Fachmännern herrührten, wurden zwar bestimmte Fragen behandelt, die vorgeschrieben waren, was aber nicht verhindern konnte, daß die bunte Mannigfaltigkeit, die auf diesem Gebiet herrscht, auch in die vorbereitenden Materialien ihren Eingang fand. Die Referenten hatten demgegenüber keinen leichten Stand, als sie sich bemühten, Ordnung in das Chaos von Fragen zu bringen, das hier vorhanden ist, die Generalversammlung aber folgte den Referenten auf diesen Pfaden überhaupt nicht. Als am dritten Tage über die Referate, die man am vorhergehenden Tage gehört hatte, diskutiert werden sollte, da schob man ungeniert die zahllosen Einzelfragen beiseite und beschränkte sich auf zwei Hauptfragen: Auf die Frage der Staatsaufsicht über die Gemeinden und auf die Wahlrechtsfrage. Und das war gut so. Die Debatte hätte sich verzetteln und ohne jede Einheitlichkeit und Geschlossenheit geführt werden müssen, wenn man alle die vielen Einzelfragen behandelt hätte, die sich auf diesem Gebiet auftun. Die Haupt- und Grundfrage ist aber sicherlich das Wahlrecht zu den Gemeindekörperschaften, und daß diese Frage besonders eingehend erörtert wurde, verleiht der diesjährigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik ihre Bedeutung.

Wahlrechtsfragen sind Prinzipienfragen, keine Zweckmäßigkeitsfragen. Sobald man ein Wahlsystem sucht, das diese oder jene Partei an der Entfaltung ihrer vollen Kräfte hindern soll, gerät man auf eine schiefe Ebene, und das Resultat muß notwendigerweise ein gekünsteltes Wahlrecht sein, das nicht der Gerechtigkeit, sondern einzelnen Parteien dient. Das Wahlrecht soll dem Volk als Mittel dienen, um seinen Willen zum Ausdruck zu bringen, und natürlich wird dieser Aufgabe ein Wahlsystem am gerechtesten werden, das möglichst allgemein, gleich und frei ist. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist daher das einzige, das sich wissenschaftlich begründen läßt: jede andere Art von Wahlrecht dient bestimmten Parteiinteressen, und die Wissenschaft soll ja doch wohl unparteiisch sein, sie hat für das Wahlrecht einzutreten, das ihr am gerechtesten erscheint, und darf garnicht danach fragen, ob sich bestimmte Parteien dabei wohler befinden als andere. Der Referent, Professor Löning aus Halle, ein preußischer Herrenhäusler, verließ in seinem Referate diesen Standpunkt und begab sich auf das Gebiet politischer Erörterungen, indem er allerhand Ungereimtes über die Sozialdemokratie erzählte. Ihm folgte in der Diskussion der Professor Adolf Wagner, der eine Kriegervereinsrede hielt, die zwar sehr temperamentvoll, aber auch sehr unsachlich war. Aber diese Ausführungen blieben nicht unwidersprochen. Der Münchner Privatdozent Dr. Sinzheimer, Herr Voßberg (Schöneberg), der frühere Heidelberger Professor Max Weber und der Leipziger Professor Karl Bücher plädierten in sehr eindrucksvoller Weise für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Gemeindevertretungen. Natürlich ging es auch bei ihnen nicht ohne politische Erörterungen ab, die ja bei solchen Fragen überhaupt nicht zu vermeiden sind, und die Kritik, die sie an der Sozialdemokratie übten, war nichts weniger denn freundlich. Aber sie nahmen doch den Standpunkt ein, daß das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aus prinzipiellen Gründen zu verlangen sei, und standen damit über dem Herrn Goldschmidt von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und den christlich-sozialen Reichstagsabgeordneten Behrens und Schiffer, die auf die zahlreichen nicht sozialdemokratischen Arbeiter hinwiesen und als Lohn für deren „nationale“ Gesinnung ein gerechteres Wahlrecht verlangten.

Gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts wandte sich außer Löning und Wagner noch der „freisinnige“ Volksparteiler Fischbeck, der auch das Hausbesitzerprivileg in verschämter Weise entschuldigte, und der Oberbürgermeister Walz sowie Herr Lentze, das Magdeburger städtische Oberhaupt. Er behauptete, in Gera unter der Herrschaft eines nahezu allgemeinen Wahlrechts eine Gemeindevertretung kennen gelernt zu haben, die ein Beispiel darbot, wie sie nicht sein solle, während die durch das Dreiklassenwahlrecht erwählten preußischen Stadtverordneten-Versammlungen, über die er sich ein Urteil erlauben dürfe, geradezu vorbildlich gewirkt hätten. Das Dreiklassenwahlrecht könne auch unmöglich so schlimm sein, wie es gemacht werde, das beweise die hohe Blüte der preußischen Städte. Die profunde Weisheit, die diese Behauptung verriet, erregte aber nur ein allgemeines Schütteln der Köpfe.

Außer Herrn Lentze entstand dem Dreiklassenwahlsystem kein Verteidiger. Auch die Gegner der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Gemeinden erklärten ihre entschiedene Abneigung gegen das bestehende Dreiklassenwahlrecht, und von allen Rednern wurde eine Wahlreform an Haupt und Gliedern verlangt. War auch die Kundgebung des Vereins für Sozialpolitik in positiver Hinsicht keineswegs einheitlich, so herrschte doch darin Übereinstimmung — wenn man von Herrn Lentze absieht —, daß das bestehende Dreiklassenwahlrecht aus wissenschaftlichen, zweckmäßigen und sozialen Gründen entschieden abzulehnen sei. Auch das ist ein Erfolg, wenn auch nur ein geringfügiger, und beim Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht zu den Landtagen wird man sich darauf berufen dürfen, das kein Vertreter der Wissenschaft, dessen Name etwas bedeutet, für das elendeste aller Wahlsysteme ins Feld geführt werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Schnelle Ernüchterung.

Der laute Jubel unserer Gegner über die sozialdemokratische „Niederlage“ von 1907 ist verstummt, einige Blocksorgen und die Furcht vor der Enttäuschung der aufgeweckten Wählerscharen, aber auch die Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Schlachtkolonnen zwar aufgehalten, aber nicht durchbrochen sind, lassen die bürgerlichen Politiker wieder nüchterner ins Leben blicken. Im „Tag“ bespricht zum Beispiel der Führer der Freikonservativen, Freiherr v. Zedlitz, die „Praktischen Lehren des Essener Parteitages“. Er wendet sich gegen diejenigen, die den „hervorragend praktischen Zweck“ des Parteitages nicht erkennen. Es habe sich, so führt er aus, darum gehandelt, Richtlinien zu finden und zum Gemeingut der Partei zu machen, „von denen zu hoffen wäre, daß sie die Scharte von 1907 auswetzen und die Partei in die Bahn eines fortdauernden Siegeslaufes zurückzuführen geeignet seien.“ Alles andere sei dekoratives Beiwerk gewesen, Streit um des Kaisers Bart, wie Bebel richtig gesagt habe. Ist aber jene Hauptaufgabe gelöst worden? Zedlitz muß zugestehen, daß Bebel sie voll gelöst habe. Allerdings bedeute Bebels Haltung eine Umkehr von der auf den Parteitagen in Dresden und Jena eingeschlagenen Richtung, das feurige Temperament habe der kühlen Überlegung nachgegeben, „das, was nach Inhalt oder Form die zu gewinnenden Kreise der Bevölkerung abstößt, muß wieder zurückgestellt, das, was diese anziehen kann, allein in gewinnender Form betont werden“; Zedlitz drückt diese Meinung, natürlich ganz schief, auch noch so aus: Das rote Banner des proletarischen Zukunftsstaates werde säuberlich wieder zusammengerollt, die Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter in der Gegenwart als Hauptaufgabe der Partei bezeichnet. So hoffe man die Barth-Naumannsche Richtung des Linksliberalismus und die Intellektuellen nach Art des „Simplicissimus“ wieder und die bisher der Sozialdemokratie noch fern stehenden Arbeiter und den neuen Mittelstand der Angestellten in den Großbetrieben neu zu gewinnen. Gelinge dies, so würde „die feste Schlachtreihe der nationalen bürgerlichen Parteien, durch die die Sozialdemokratie politisch schachmatt gesetzt ist, gesprengt, und unter Zuhilfenahme der in sozialdemokratischer Gesinnung heranwachsenden Jugend würden ihre Reihen sich so verstärken, daß der Siegeslauf wieder aufgenommen werden kann“. Herr v. Zedlitz befürchtet schließlich, daß ein beträchtlicher Erfolg „der neuen Taktik“ keineswegs ausgeschlossen ist, und er fordert die Blockparteien auf, sich zum Gegenspiel gegen die sozialdemokratische Gefahr sorgsam zu rüsten.

Diese Ausführungen des Scharfmacherobersten sind für uns recht wertvoll. Sie bestätigen, daß die Sozialdemokratie allerdings in Essen viele gegnerische Hoffnung zerstört hat. Ähnliche Töne ließ der Flottenprofessor und Kathedersozialist Adolf Wagner auf der Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ hören. Charakteristisch aus seinen Ausführungen ist der Satz: „Er lege den letzten Wahlen zum Reichstage nicht die Bedeutung eines Sieges bei, da trotz aller Wahlniederlagen die Sozialdemokratie weiter vorwärts schreite.“

Wie man sieht, Ernüchterung rings umher, bei Scharfmachern und sozialen Reformisten. Die Sozialdemokratie tritt in die parlamentarische Arbeit des Winters wie in die Wahlrechtsaktion mit ihrem alten guten Rufe ein, sie wird sich in kluger Taktik ihre alte Position erobern und was an parlamentarischen Kräften fehlt, das werden die Massen durch ihre Mitwirkung in der Politik ersetzen.

Liberale Klage.

Das „Berliner Tageblatt“ behandelt in einem Leitartikel „Nach der Sommerpause“ die politische Situation. Es befürchtet, daß dem verregneten Sommer ein grauer Winter des Mißvergnügens folgen wird. Das Blatt führt u. a. aus:

„. . . Aber mehr und mehr verschwammen selbst diese Abschlagszahlungen (Börsengesetz und Reichsvereinsgesetz) im reaktionären Nebel. Die liberalen Pilger kamen aus Norderney mit gemischten Gefühlen zurück. Das Reichsvereinsgesetz sollte kommen; aber fragt mich nur nicht wie! In die neuen und zum Teil auch freieren Formen des öffentlichen politischen Lebens in Deutschland sollte ein ganz kleines und unscheinbares Ausnahmegesetz gegen Polen, Dänen und Franzosen eingeflochten werden. Wir haben der Katze die Schelle umgehängt, indem wir mitteilten, daß fremdsprachliche Versammlungen von der Genehmigung der Polizei abhängig gemacht werden sollen. Der Gedanke ist verwünscht gescheit; nur schade, daß er für die freisinnigen Parteien unannehmbar ist; und ohne sie läßt sich dieser reaktionäre Plan doch wohl nicht durchführen.

So hat die Blockpolitik im Reiche die erhofften Ergebnisse bisher nicht gezeitigt; und die Blockpolitik in Preußen ist noch unergiebiger. Hier handelt es sich um gar nichts anderes als um die Beseitigung der Dreiklassenwahl und ihren Ersatz durch das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht. Die zahlreichen politischen Konferenzen haben indessen nicht die geringste Klärung in dieser Angelegenheit gebracht. Aus allem, was man gehört hat, geht hervor, daß Fürst Bülow vorläufig weder ja noch nein sagen, sondern die Sache mit einigen unverbindlichen Worten einfach um ein Jahr vertagen will. Fürst Bülow verschiebt eben am liebsten die Verrichtung der Herkules-Arbeiten auf übermorgen.

Die Sommerpause war unfruchtbar, trotz aller politischen Konferenzen; daran ist wohl nicht länger zu zweifeln. Und die Unfruchtbarkeit erstreckt sich nicht bloß auf die innere Politik. Auch auf dem Gebiet unserer auswärtigen Beziehungen war sie von Fehlschlägen nicht frei. . . . . .

Die Tage von Norderney sind vorüber. Es war ein häßlicher Sommer. Und der Winter scheint, wie der Prozeß Moltke-Harden und die Klage des Fürsten Bülow gegen Herrn Adolf Brand beweist, mit Skandalprozessen beginnen zu sollen. . . .“

Von Blockfreudigkeit wahrlich keine Spur! Freilich darf man nicht vergessen, daß das Blatt, das also schreibt, fast eine Ausnahmestellung unter den Freisinnigen einnimmt. Die Mehrheit der Freisinnigen will den Leuten noch immer einreden, daß im Sommer unter Bülows Sonne das schönste Wetter geleuchtet hat.

Die Einkreisung Bülows.

Hätte man noch daran zweifeln können, daß der Bülowbeleidiger Brand bloß Handlanger irgend eines höheren Meisters sei, so belehrt einen ein Blick in die letzte Nummer der „Germania“ darüber, daß eine konzentrische Aktion der konservativ-ultramontan Gepaarten tatsächlich im Gange ist und daß es jetzt von allen Seiten gegen den Reichskanzler losgeht. Freilich kämpfen diese Helden nicht wie die sozialdemokratische Presse mit Argumenten gegen eine schlechte Politik, sondern mit Intrigen gegen eine ihnen unangenehme Person. Sie klagen nicht den verantwortlichen obersten Reichsbeamten beim Volke an, sondern — und damit mögen sie sich ja als die besseren „Realpolitiker“ erweisen — sie verklatschen den preußischen Großwesir beim preußischen Sultan. Ein Meisterstück solcher Ohrenbläserei vollbringt die „Germania“, indem sie an der Hand des stenographischen Protokolls der Reichstagssitzung vom 14. November 1906 den Beweis führt, daß Bülow damals den Kaiser gegen die scharfen persönlichen Angriffe Bassermanns nicht nur nicht gedeckt, sondern vielmehr dem Angreifer in kaum mehr verhüllter Form recht gegeben habe.

Der Vorgang ist bekannt; wer die damaligen Verhandlungen gelesen oder mit angehört hat, hat von ihnen einen Eindruck erhalten, den die Darstellung der „Germania“ bestätigt. Überdies hat sich ja inzwischen herausgestellt, daß die Interpellation von Bülow bei Bassermann bestellt, die ganze Komödie verabredet war. Die Tatsache, daß Bülow damals seinem Arbeitgeber gegenüber ein sehr gewagtes Spiel spielte, ist durchaus nicht neu.

Für wen schreibt also die „Germania“ einen ellenlangen Artikel, in dem nichts steht, was die Welt nicht schon längst wüßte. Offenbar bloß für den einen, der es eben noch nicht weiß und von dem die „Germania“ ausdrücklich konstatieren kann, daß er den stenographischen Bericht über die Interpellation Bassermann bis heute noch nicht zu Gesicht bekommen hat. In der Redaktion der „Germania“, die ja auch nur auf Bestellung arbeitet, scheint man sich der Hoffnung hinzugeben, daß Bernhard Bülow am Sonnabend nicht mehr Reichskanzler sein wird, vorausgesetzt, daß es gelingt, den Kaiser am Freitag für Nummer 229 der „Germania“ zu interessieren.

Fürst Bülow scheint es ohnehin eilig genug zu haben. Daß er gegen einen unbekannten Sonderling wie Brand mit einer Klage vorging, war schon auffällig genug. Jetzt meldet der „Lokal-Anzeiger“, daß die Verhandlung gegen Brand voraussichtlich schon innerhalb der nächsten 14 Tage stattfinden werde. Die preußische Form Justitia kriegt auf ihre alten Tage Flügel! Offenbar ist dem Reichskanzler sehr viel daran gelegen, so rasch wie möglich eine Verurteilung zu erzielen. Ein Reichstag ist ja augenblicklich nicht da, der er geschwind auflösen könnte, um sich aus seiner Verlegenheit zu retten!

Der Sturz Bülows ist unerläßlich zur Klärung der politischen politischen Sachlage. Der konservativ-liberale Sammelblock ist Schwindel, er entspricht nicht den wirklich zurzeit noch in Deutschland herrschenden Machtverhältnissen. Der Antisemitismus, das Zentrum, die Kirche sind obenauf, und liberale Taktik ist nicht imstande, sie niederzuringen. Es wäre also höchste Zeit, daß der Vorhang fällt. Die wirklichen Schwächen Deutschlands führen sich aber ihrer selbst ganz wundig ein durch die Art, wie sie dem Reichskanzler des Blocks die Schlingen legen und das Gift mischen. Doch — hat er's besser verdient? Hat er's anders gerichtet?

Kolonialjaulus und Kolonialpaulus.

Über Dernburgs Ernennung in Sadani, das gegenüber Sansibar im Mündungsgebiet des Wami liegt, wird berichtet:

Staatssekretär Dernburg ist heute (Donnerstag) mit einem Expeditionsdampfer hier eingetroffen. Bei dem geringen Umfang der Abwicklung der wirtschaftlichen Vereinigung in Dar-es-Salam, die aus den Herren v. Soden-Kaul, Kochel und Wirth bestand, mußten der Staatssekretär sich bereit, in Zukunft einige Inspektionsreisen zu machen. Zur Regelung der Beziehungen zwischen den Eingeborenen und den Ansiedlern wurde ein Eingeborenen-Kommissar für Usambara eingesetzt. Ferner ist eine Neuordnung der Anwerbungen von Arbeitskräften im Sansibar-Lande in Aussicht genommen. Dem rapiden Tanganjika-Lande wurde durch Gründung dreier Bezirke ein Riegel vorgeschoben worden. Zur Klärung der Eingeborenen mit Europäern ist nicht angängig, da dürfe schon jetzt den größten Teil der Steuereinnahmen aufbrauchen; auch würde eine Erhöhung des Steuerdrucks die Eingeborenen zur Abwanderung über die englische Grenze veranlassen. Die Regierung ist sich der Mängel bewußt, die sich für sie aus den den Eingeborenen auferlegten Schutzbrief ergeben. Im Übrigen werde eine Änderung des Mangels an Arbeitskräften eintreten, wenn Schwarze durch das Eingehen zahlreicher Kaffeepflanzungen in Usambara frei würden.

Was Dernburg über den Sklavenhandel, der auf den Eingeborenen lastet, sagt, ist um so interessanter, als vor kurzem ein heftiger Kampf in der „Deutschen Tageszeitung“ den Beschluß machte, durch eine nachhaltige Sklavenverordnung die Eingeborenen als willige und billige Arbeitskräfte dem Kapitalismus in die Arme zu treiben. Auch daß die Kaffeepflanzungen zum Eingehen verurteilt sind, wird die Berliner Dernburgs imponierend berühren.

Eine neuere Meldung aber sagt nur:

Staatssekretär Dernburg reiste am Donnerstag nach einer Baumwollexpedition in Sadani in Ungerichtem und sprach sich dann aus, daß die Baumwollenplantagen, namentlich bei Sadani, schwer zerstört sein dürften. Gestern traf auf der Staatsbahn in Dar-es-Salam ein. Der Ausflug nach Morogoro ist für den 9., 10. und 11. d. Mts. in Aussicht genommen.

Kaffeepflanzungen nicht zerstört, Baumwollpflanzungen nicht zerstört, — was bleibt denn da noch von dem gesegneten Land der Dattelkiste? Aus dem schwärmenden Kolonialjaulus vor den Wahlen scheint sehr schnell ein pessimistischer Kolonialpaulus zu werden.

Zeugniszwangsfolter!

Aus Straßburg wird gemeldet, daß Genosse Redakteur Max. Schneider von der „Freien Presse“ in Zeugniszwangshaft abgeführt worden ist.

Der Fall Wiky, der Fall Schneider — das Reichsland will sich offenbar wieder einmal beliebt machen!

Reform des Zivilprozeßrechts.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Zivilprozeßrechts, wie er dem Bundesrat vorgelegt werden wird. Er umfaßt Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung, des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

„Der Kaiser hat gesprochen, die Sache ist aus.“

Auf einer Höhe bei dem westfälischen Städtchen Altena erhebt sich ein verfallenes Gemäuer: die spärlichen Reste der Burg des Grafen von der Mark. Im Jahre 1614 fiel die Mark mit Kleve und Ravensberg durch den Vertrag von Xanten an Brandenburg. Im Jahre 1914 würde also die westfälische Mark somit 300 Jahre zu Preußen gehören — eine Tatsache, die für die große Masse der märkischen Bevölkerung durchaus belanglos ist.

Nichtsdestoweniger aber soll die Vereinigung der Mark mit Brandenburg feierlich begangen werden. Denn es gibt, abseits von der Masse der Bevölkerung, immer noch Leute, die lüstern sind nach Orden und Auszeichnungen, nach allerhöchsten Gnadenblicken und Händedrücken. Und um der Feier besonderes Gewicht zu verleihen, soll die Burg Altena wieder aufgebaut werden. Gegen den Plan der bau- und ordenslustigen Leute sind von namhafter Seite aus Widersprüche laut geworden. So hat sich denn der Ausschuß zum Wiederaufbau der Burg Altena, um der lebhaften Opposition zu begegnen, während der Kaisertage in Münster zu Wilhelm II. begeben, um, wie in der jüngsten Ausschußsitzung vom Vorsitzenden verkündet wurde, „aus berufenem Munde ein entscheidendes Wort zu hören.“ Wie es weiter heißt, brachte der Kaiser der Sache „lebhaftes Interesse entgegen; er zollte den vorgelegten Plänen und den plastischen Darlegungen vollen Beifall und wünschte dem Unternehmen ein baldiges Gelingen“. Ein Architekt äußerte gelinde Bedenken, ob in Münster Zeit und Umstände günstig genug gewesen seien, um in der Sache dem Kaiser ein entscheidendes Wort zu ermöglichen. Aber ein geistliches Mitglied des Ausschusses schnitt die Bedenken ab mit den Worten: „Der Kaiser hat gesprochen, die Sache ist aus“.

Und so hat denn der Ausschuß einstimmig den Wiederaufbau der Burg Altena nach den vom Kaiser genehmigten Plänen beschlossen. Sie wird dem arbeitenden Volke der westfälischen Mark zum Bewußtsein bringen, daß es sich unter Preußens Herrschaft auch im zwanzigsten Jahrhundert nicht viel anders lebt, als vor dreihundert Jahren zur Zeit der Hörigkeit. Daß wir noch immer mit „Untertanen“ angeredet werden, statt als freie gleichberechtigte Bürger betrachtet zu werden. Freilich nur, weil große Teile des Volkes ihre gleichen Menschenrechte gegenüber dem Herrscherrechte nicht energisch genug vertreten.

Ein Panzerkreuzer für 36½ Millionen.

Vor wenigen Jahren kostete noch ein Linienschiff 20 Millionen Mark — heute baut Deutschland sogar schon Panzerkreuzer mit einem Aufwand von fast 37 Millionen! Ein Panzerkreuzer kostet also heute ziemlich doppelt soviel, wie vor wenigen Jahren ein Linienschiff!

Über den der Werft „Blohm u. Voß zum Bau übergebenen Panzerkreuzer „F“ meldet das „Berliner Tageblatt“:

„Dieser Neubauauftrag ist in mehr als einer Beziehung von weittragendem Interesse. Kann man die Bauten für unsere Kriegsmarine gebauten Panzerkreuzer, die eine Wasserverdrängung von 9000 bis 12000 Tonnen aufweisen, nur als kleine bezeichnen, so kommt dem Panzerkreuzer „E“, den die Kieler Staatswerft seit eine Jahresfrist im Bau hat, mit seinem Deplacement von rund 15000 Tonnen die Bezeichnung eines „mittleren“ zu. Dem Panzerkreuzer „F“ dagegen, dessen Kiel jetzt in Hamburg zu strecken sein wird, gebührt — selbst bei einem Vergleich mit den modernsten Panzerkreuzern des Auslandes — die Bezeichnung eines großen Schiffes seiner Gattung. Dies erhellt bereits aus den veranschlagten Summen zum Bau des Schiffes. Die werden sich mit voller Ausrüstung und Ausrüstung auf 36½ Millionen Mark belaufen, das heißt, sie werden sich auf derselben Höhe halten, wie sie für die modernsten Linienschiffe unserer Flotte, die sich heute noch im Bau befinden. Die Herstellung des Schiffskörpers des Panzerkreuzers „F“ wird sogar bedeutend höher zu stehen kommen, als bei den Linienschiffen. Hier betragen sie nur 22250000 Mark; beim Panzerkreuzer dagegen werden sie sich auf 26 Millionen Mark belaufen.

Die jetzt angeordnete Bauausführung des Schiffes bedeutet einen Wendepunkt im Ausbau unserer Flotte auf dem Gebiete der Kreuzer.“

Heil unseren Panzerplattenpatrioten! Nicht nur die Zahl der Schiffe wird vermehrt, nicht nur die Bauzeit wird beschleunigt, sondern auch jedes einzelne Schiff kostet heute doppelt so viel wie vor sieben oder acht Jahren! Glückliche Panzerplattenpatrioten! Arme Steuerzahler!

Preußischer Polizeigeist.

Die Anzeichen mehren sich, daß in den Entwurf des neuen Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes allerlei reaktionäre Bestimmungen hineinpraktiziert werden sollen, die nun hinten herum die willkürlichen Eingriffe, deren Fortfall gerade so heuchlerisch angekündigt wurde, wieder zulassen. Deutlich ergibt sich das daraus, daß neuerdings in der halboffiziösen Presse an die württembergische Regierung das Ansinnen gestellt wird, auf einige Bestimmungen seines Vereins- und Versammlungsrechtes zu verzichten, da es unmöglich sei, einfach dessen Bestimmungen in das neue Reichsgesetz hinüberzunehmen, weil in den anderen deutschen Bundesstaaten vielfach besondere Verhältnisse bestünden, die „eine straffere Handhabung der Staatsgewalt“ erforderten. So heißt es z. B. in einem Artikel der „Leipz. Neuest. Nachr.“, die Hauptschwierigkeit für ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht liege darin, daß Württemberg ein Vereins- und Versammlungsrecht besitzt, das die Vereins- und Versammlungsfreiheit in einem Maße gewährleistet, welches mindestens mit dem nationalen Interesse der Bundesstaaten mit einer nicht rein deutschen Bevölkerung unvereinbar erscheine.

„Man könnte freilich auf den Ausweg kommen, das württembergische Vereins- und Versammlungsrecht anzunehmen und nur mit einigen Bestimmungen gegen Nichtdeutsche zu ornamentieren. Dem steht aber die garantierte Unveränderlichkeit des württembergischen Rechtes entgegen. Wenn erst die Memoiren des verstorbenen Stuttgarter Kriegsministers v. Sukkow veröffentlicht werden, wird man daraus ersehen, welche Schwierigkeiten 1870 der Reichsgründung nicht nur in Bayern, sondern auch in Württemberg entgegenstanden, und wie hart damals Bismarck mit den schwäbischen Unterhändlern zusammenstieß. Zu den Zugeständnissen, die damals von Preußen gemacht wurden, gehört auch das mündliche Versprechen, daß kein Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetz jemals die württembergische Ordnung dieser Materie außer Kraft setzen würde. Die Frage präzisiert sich also dahin, ob das Reich einfach das württembergische Gesetz übernimmt oder nicht; oder ob man in Stuttgart auf etwaige Änderungen unter Verzicht auf das 1870 erhaltene Versprechen eingeht. Die Vorarbeiten und Besprechungen mit den Staatsmännern der verschiedenen Einzelstaaten sind im Gange. Mit den Parteiführern wurde in Norderney verhandelt, aber ein Bundesratsbeschluß ist noch nicht gefaßt.“

Offen wird hier zugestanden, daß in das neue Gesetz verschiedene reaktionäre Bestimmungen hineingebracht werden sollen, die in dem württembergischen Gesetz fehlen, und zwar müssen es ziemlich bedenkliche Bestimmungen sein, denn sonst würde man sich nicht im Reichsamt des Innern in dieser Weise den Kopf zerbrechen und von vornherein annehmen, daß die württembergische Regierung kaum zur Nachgiebigkeit geneigt sein werde.

Österreich-Ungarn.

Erfolg der Ausgleichsverhandlungen. Das Wiener Telegr. Korr.-Bureau meldet aus Budapest: Die beiden Regierungen haben sich in einer mehrstündigen Konferenz über die hauptsächlichsten Differenzpunkte des Ausgleichs grundsätzlich geeinigt. Infolgedessen ist es nunmehr möglich, eine Reihe wichtiger, bisher noch offen gebliebener Detailfragen endgültig auszutragen. Diese Arbeiten werden voraussichtlich noch mehrere Tage beanspruchen. Es besteht die Hoffnung, daß es möglich sein wird, die hiernach fertigzustellenden Regierungsvorlagen im Laufe der nächsten zwei Wochen den beiderseitigen Parlamenten zu unterbreiten. Mit Rücksicht darauf haben sich sämtliche Teilnehmer an den Verhandlungen ehrenwörtlich zur strengsten Geheimhaltung über den Inhalt der getroffenen Vereinbarungen verpflichtet.

Holland.

Eine Nachwahl. Das erste der Mandate, welche durch den Tod des Genossen Tak erledigt sind, das Mandat zur zweiten Kammer im Franeker Wahlkreis, ist behauptet worden. Wir kommen wieder, wie 1905, mit den Klerikalen in die Stichwahl, aber mit noch erheblich besseren Aussichten wie damals. Unser Genosse Helsdingen erhielt 2289 Stimmen, der Klerikale 2535, der Freisinndemokrat 1444. Bei erheblich schwächerer Wahlbeteiligung als 1905 (im ganzen wurden 6265 statt 6880 Stimmen abgegeben) stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl immerhin noch um gut 100 Stimmen, die klerikale sank um fast 350, die freisinnige um 400, letzteres, obwohl die Liberalen diesmal einen sehr radikalen Kandidaten aufgestellt haben, um uns das bis 1905 liberale Mandat wieder abzunehmen. Am Stichwahlresultat braucht nicht gezweifelt zu werden.

Rußland.

Wahnsinniges Wüten. Nach Bestimmung des Generalgouverneurs sind aus der Zahl der in Zusammenhang mit der Ermordung des Fabrikanten Silberstein in Lodz verhafteten Personen 127, darunter 13 Frauen, zur Verschickung in entfernte Gouvernements verurteilt worden.

Wie man unbequeme Duma-Kandidaten entfernt. Aus Petersburg wird geschrieben: Prof. Miljukow, der Gründer und Führer der Kadettenpartei, ist von der Administration von den Wahlen für die zwei vorhergehenden Dumas ausgeschlossen worden. Man fand immer, daß er dem Wahlzensus nicht genüge, obgleich Miljukow nie zu den „Brotlosen“ gehörte. Diesmal nun ist Miljukow von der Kadettenpartei wieder als Kandidat für die Duma aufgestellt worden. Die Behörden bemühen sich jetzt wieder, den Führer der Kadetten von jeder gesetzgeberischen Arbeit fernzuhalten. Die Gründe, die für die Streichung Miljukows aus den Wahllisten angegeben werden, sind folgende: „Herr Miljukow habe zwar eine Wohnung am 26. August gemietet, er habe diese aber erst den 7. September bezogen, die Wahllisten sind aber am 2. September veröffentlicht worden, — folglich fehlen die nötigen 5 Tage Aufenthalt! In einem anderen Lande würden solche Argumentationen nur in einem Witzblatt möglich sein, in Rußland aber handelt so die „weise“ Bureaukratie.

Die Korruption in Rußland. Man schreibt der „Russ. Korr.“ aus Petersburg: Die kleinen Diebe werden gehängt, die großen läßt man laufen. Kein Hahn kräht mehr nach Gurko, Frederiks und anderen bedeutenden Expropriateuren. Sie sind ganz aus der Öffentlichkeit verschwunden. Sie haben schlau und frech Millionen eingeheimst und ruhen jetzt auf ihren Lorbeeren aus. So ist es Sitte im Russenlande. Die betrügerischen Beamten in Wladiwostok werden aber sicherlich ihrer Strafe nicht entgehen, denn sie haben sich mit ein paar Hunderttausenden begnügt. Im Amurgebiete sind in den Post- und Telegraphenkontoren von den Beamten in der letzten Zeit im ganzen 353000 Rubel geraubt worden. Aus dem Kontor zu Chaborowsk sind von dem Gehilfen des Chefs, Donzew, 118000 Rubel gestohlen worden, in Wladiwostok 107000 Rubel durch den

Beamten Stulow, in Seja Pristanska 50 000 Rubel durch den Chef selbst, in Barabischewska 48 000 Rubel, in Nikolaew 30 000 Rubel. Diese wenigen Beispiele aus den letzten Wochen zeigen, wie sehr korrumpiert die russische reaktionäre Beamtenschaft ist.

Frankreich.

Nach preußisch-deutschem Muster hat man in Paris den spanischen Genossen Pablo Iglesias, der dort in einem Vortrage gegen die kriegerischen Operationen Frankreichs und Spaniens in Marokko Protest erheben wollte, mit drei Genossen ausgewiesen. — Pfui!

Balkan.

Aus dem Hexenkessel. Das dem Patriarchat Konstantinopel unterstehende Dorf Niegovan im Wilajet Monastir ist von einer 200 Mann starken Bulgarenbande überfallen worden. 23 Häuser sind verbrannt, zehn Frauen und drei Männer ermordet worden.

Persien.

Türkische Übergriffe. Die Türken haben Freitag Askoerabad, 20 Werst von Urmia, eingenommen. Die Gerüchte über die Einnahme von Salma bestätigen sich nicht. Der englische Konsul hat Urmia verlassen, um sich nach Mowana zu einer Zusammenkunft mit dem Wali von Bitlis zu begeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 7. Oktober.

Ein Flugblatt, das sich mit den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen beschäftigt, wurde gestern im Wahlkreise Lübeck mit gewohnter Präzision verbreitet.

Das neue Weltporto bringt ein postalisches Novum, nämlich zwei verschiedene Taxen für denselben Weg je nach der Richtung. Der Postkongreß hat zwar einheitliche Sätze beschlossen, es aber den einzelnen Ländern freigestellt, für die von dort abgesandten Briefe die alte Gewichtsstufe von 15 g anzuwenden und von der neuen Ermäßigung für höhere Gewichtsstufen Abstand zu nehmen. Postverwaltungen von Ländern wie Italien und Frankreich haben von den beiden Ermächtigungen zum Teil oder ganz Gebrauch gemacht. Für Deutsche ist dies für Briefe ins Ausland von Wichtigkeit oder auch wenn sie aus dem Auslande unfrankierte, unzureichend frankierte oder nachgesandte Briefe erhalten. Bei unfrankierten Briefen aus dem Auslande ist die Gewichtsstufe und die Taxe des Aufgabelandes maßgebend. Wenn z. B. das Aufgabeland die ermäßigte Taxe für die höheren Stufen nicht anwendet, so ist für jede Gewichtsstufe, sei es die zu 15 oder zu 20 g 40 Pfg. zu bezahlen. Ebenso werden unzureichend frankierte Briefe mit dem doppelten Fehlbetrag nach dem Tarife des Aufgabelandes belastet. Nach Deutschland nachgesandte unfrankierte oder unzureichend frankierte Briefe werden taxiert, als wenn sie vom Aufgabeort unmittelbar nach Deutschland gerichtet gewesen wären usw. Die Ermäßigung für die höheren Gewichtsstufen von 25 auf 15 Zentimes haben nun nicht eingeführt Argentinien, Ecuador, Griechenland, Haiti, Italien, der Kongostaat, Liberia, Montenegro, Persien, Peru, Rußland und Uruguay. An der Gewichtsstufe von je 15 Gramm halten fest Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Ecuador, Frankreich mit seinen Kolonien, Haiti, Italien, der Kongostaat, Montenegro, Persien, Peru, Rußland, Siam und Tunis. Bei Ländern, die das Metermaß noch nicht haben, werden 15 Gramm ½ Unze und statt 29 Gramm 1 Unze gerechnet. Die Unze wiegt 28⅓ Gramm.

Eine Ehrenrettung des Tischlers Johann Pöhls, der früher „Streikheraufbeschwörer", dann Arbeitswilliger war und jetzt ein großes Talglicht im Ortsverein H.-D. ist, versucht der Ortsverband der Arbeitswilligen im Landboten vorzunehmen. Die Arbeit ist den Leuten sehr sauer geworden und obendrein auch ohne Erfolg geblieben. Denn die Tatsache, daß Johann Pöhls einst die Barbiere „aufgehetzt" hat, sich „sozialdemokratisch" zu organisieren, daß er durch Kontrollkarten „Terrorismus" ausüben wollte, kann nicht bestritten werden. Ein Mensch, der in kurzer Zeit seine Anschauungen wechselt wie ein schmutziges Hemd, der sich nicht scheut, über den Terrorismus zu schimpfen, den er selbst geübt hat, ist wirklich würdig, im Vorstande der H.-D. Gewerkvereine zu sitzen. Da paßt er hin.

Die Lage der Barbiergehilfen ist auch in Lübeck gegenwärtig gewiß nicht als rosig zu bezeichnen. Eine Besserung wird jedoch kaum eher zu erwarten sein, als bis die Gehilfen zu der Erkenntnis kommen, daß es dringend notwendig ist, derjenigen Organisation beizutreten, die einzig und allein ernstlich gewillt ist, die Interessen der Kollegen zu vertreten, nämlich dem Verband der Barbier- und Friseurgehilfen. Vor einigen Wochen sprach in einer Versammlung der Friseurgehilfen der Kollege Etzkorn über wahre und falsche Kollegialität. Die letztere Gattung der Kollegialität suchte der Vorsitzende des hiesigen Friseurgehilfenvereins dadurch zu fördern, daß er den modernen Verband als sozialdemokratisch bezeichnete und vor dem Eintritt in denselben warnte. Dafür pries er jedoch den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, der als Organ zur Wahrung von Arbeiterinteressen überhaupt nicht anzusehen ist, über den Schellendaus. Am 1. Oktober fand dann wieder eine Friseurgehilfenversammlung statt, in welcher der „gebesserte" frühere „Streikheraufbeschwörer" und jetzige Arbeitswillige Pöhls seine Vergangenheit desavouierte. Wir sind hierauf bekanntlich bereits am Donnerstag eingegangen. Bemerkt sei, daß die H. D. diese Versammlung in Begleitung eines Hundes besuchten, was wohl symbolisch aufzufassen war. Die Verbandsmitglieder wurden schließlich vom Vorsitzenden Imdicke aufgefordert, die Versammlung zu verlassen; anscheinend war ihre Gegenwart den H.-D. sehr unbequem. Die Arbeiter würden im Interesse der Barbiergehilfen handeln, wenn sie sich gelegentlich davon überzeugen wollten, wer sie bedient.

Lübeck eine Bordellhochburg. Der Lizentiat Bohn, der durch den „Simplicissimus" weiteren Kreisen bekannt geworden ist, hat dieser Tage auf der „Nationalkonferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels" eine Rede geredet, in der er u. a. auch auf den Zusammenhang zwischen Bordell und Mädchenhandel zu sprechen kam. Er führte dabei folgendes aus:

Die Bordellanlagen sind schon so eng mit unserem Volksleben verknüpft, daß der Bürgermeister, der in einer kleinen Stadt der Provinz Sachsen die Konzession zu einem Bordell erteilt hat, Mitglied der Provinzialsynode sein kann. (Heiterk.). In einer anderen Stadt war ein Brauereidirektor, der das Bordell finanzierte, Mitglied des Gemeindekirchenrats. (Heiterk.) Die allerchristlichsten(!) Herren in der Verwaltung von Bremen decken und vertreten das dortige Bordellsystem. (Hört! Hört!) In der Ausdehnung der Bordelle über Deutschland ist deutlich der französische Einfluß am Anfang des 19. Jahrhunderts erkennbar. So ist beinahe der ganze Osten Deutschlands frei von Bordellen. Dagegen hat im Königreich und in der Provinz Sachsen fast jede kleinere Stadt ihr Bordell. Die Hochburgen der Bordelle sind Köln, Hamburg, Frankfurt a. M., **Lübeck**, Kiel, Flensburg, Bremen mit Bremerhaven und Geestemünde, Magdeburg, Braunschweig, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und vor allem Nürnberg. Von Universitätsstädten sind besonders Greifswald, Freiburg und Leipzig am meisten gefährdet. In den meisten dieser Städte sind bis 200 Mädchen kaserniert, in Hamburg, Köln und Frankfurt wird diese Zahl weit überschritten. In Kiel sind gewöhnlich 100 Mädchen tätig. Während der Saison sind es mehr, die Saison ist die Kieler Woche. (Heiterkeit!) In Nürnberg umfaßt die Bordellanlage 13 Häuser. Die „mustergültigste" Bordellstraße hat Bremen. Wenn dort ein Mädchen in das Bordell aufgenommen werden möchte, wendet es sich an das Stadtamt, wird vorgemerkt und, wenn durch Krankheit oder Tod eine Stelle frei wird, benachrichtigt, daß sie die Wohnung beziehen kann. (Bewegung.) Jedes dieser Mädchen muß täglich 15 Mark Pension bezahlen. Da 70 Mädchen in der Straße wohnen, müssen täglich mindestens 1050 Mark umgesetzt werden. Dadurch erklärt es sich auch, daß in einem kleinen sächsischen Städtchen ein Bordell im Werte von höchstens 20 000 Mk. mit über 100 000 Mk. Hypotheken belastet ist. Die Hypothekengläubiger sind Brauereien, Weinhandlungen, aber auch Banken und ehrsame Bürger der betreffenden Städte. (Heiterkeit.) Ein Reinverdienst von etwa 100 000 Mk. in einem einzigen Jahre gehört in gutgehenden Häusern keineswegs zu den Seltenheiten. Es ist kaum glaublich, mit wie hohen Mitteln die Bordellbesitzer operieren, um sich neue Mädchen zu beschaffen. Es ist gerichtsnotorisch, daß die Unternehmer bis zu 1000 Dollars für ein Mädchen bezahlen. Alles kommt ja wieder ein, wenn nur dem Kundenkreis neue zusagende Ware zugeführt wird, wie kürzlich die Tochter eines Arztes aus Thüringen in einem Karlsruher Bordell, um die sich die Studenten förmlich rissen. (Hört, hört!) „Laßt die Mädchen arbeiten", ist die bekannteste Redensart zur Abhilfe. Aber ist ein Mädchen einmal in den Händen eines Bordellbesitzers, so ist ein Entrinnen unmöglich. Die Mädchen werden nicht etwa verkauft, sondern von einem Bordell ins andere verschleppt. In die Bordelle hinein kommen die Mädchen meistens durch Unerfahrenheit, Genußsucht und Putzsucht usw.

Der Redner schloß mit der Aufforderung, mit zu helfen, daß die Bordelle sittlich überwunden werden. So geht diese Art Sittlichkeitsretterei immer wie das Hornberger Schießen aus. Die Hoffnung auf eine „sittliche Überwindung" der Bordelle ist eine sehr hoffnungslose Sache, der sich sittliche Sportfexe oder günstigsten Falles haltlose Schwarmgeister hingeben mögen, die aber an den realen Dingen nichts zu ändern vermag. Wollen diese Herrschaften sich nicht bloß durch Kongreßbummelei angenehm die Zeit vertreiben, so mögen sie vor allem dort die Arbeiterbewegung unterstützen, wo sie auf die Linderung der sozialen Not hinarbeitet. Das wäre schon etwas und mehr wert, als die Abhaltung eines Kongresses. Würden die Leutchen dieser Anregung folgen, so wäre zu hoffen, daß sie nach und nach auch noch dazu kämen, die konventionellen Anschauungen über den Geschlechtsverkehr zu überwinden — und das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Prostitution — aber wer wollte das zu hoffen wagen?

Namenveränderung. Der Senat hat dem Straßenreiniger Johannes August Alwin Wilhelm Zerrenner in Hamburg den Familiennamen Werner verliehen. Der Senat hat der minderjährigen Minna Dora Anna Mierendorf den Familiennamen Kroeger verliehen.

Vaterstädtische Vereinskandidaten. Am Freitag wurden in der Stadthalle von den Vertrauensmännern für das Johannis-Quartier und die Vorstadt St. Jürgen folgende Kandidaten aufgestellt: Gelehrte: Landrichter Dr. Meyer, Kaufleute; Ernst Boie, Karl Lüth, Gewerbetreibende: Geschäftsführer Dahms, Färbereibesitzer Dobberstein, Beamte: Lehrer Dühring, Polizeiinspektor Lippert. — Die Ständewahl, die noch vor nicht allzulanger Zeit von „liberaler" Seite verurteilt wurde, ist — wie man sieht — beibehalten worden, und die „Liberalen" figurieren sogar mit auf der Liste. Um ein Mandat zu ergattern, macht man eben alles mit. Prinzipien gibt's nicht mehr!

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat September ein: Einkommensteuer 32 033,67 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichs-Erbschaftssteuer 1799,32 Mk., Veräußerungsabgabe 27 561,80 Mark, Stempelabgaben 8360,50 Mk., Schiffsabgaben 43 596,05 Mk., zusammen 113 351,34 Mk. gegen 109 411 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; die Mehreinnahme betrug demnach 3940,34 Mk. Vom 1. April bis Ende September gingen insgesamt 2 001 126,33 Mk. ein; da im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 1 863 263,16 Mk. einkamen, so ist ein Mehr von 137 863,17 Mk. zu verzeichnen.

Handelsregister. Am 5. Oktober 1907 ist eingetragen: 1. bei der Firma Wm. Minlos in Lübeck: Dem Kaufmann O. W. W. Tölle in Hamburg ist Einzelprokura, dem Kaufmann C. O. Barenthin in Hamburg und dem Kaufmann F. Walter in Hamburg ist Gesamtprokura erteilt; 2. bei der Firma Gottfried Kriete u. Sohn in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma Otto Voigt in Lübeck: Jetziger Inhaber: Kaufmann E. A. Politz in Lübeck. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Erwerber ist ausgeschlossen: 4. bei der Aktiengesellschaft in Firma Commerzbank in Lübeck: Dem Kaufmann C. Rieger in Lübeck ist Prokura erteilt in der Weise, daß derselbe gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitgliede oder mit einem Prokuristen zur Vertretung befugt und zur Veräußerung und Belastung von Grundstücken ermächtigt ist.

Freigesprochen ist am Sonnabend nach dem „Landboten" der ehemalige Werkmeister und Arbeitswilligenagent Fleischmann, der anfangs Juli unter dem schweren Verdacht der Blutschande an seinen eigenen Kindern verhaftet wurde und bis jetzt in Haft geblieben war. Der Staatsanwalt muß bis zuletzt von der Schuld des Angeklagten fest überzeugt gewesen sein, denn er beantragte nicht weniger als sechs Jahre Zuchthaus. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Eine Verzweiflungstat beging gestern der Tischler Wilken, dessen Frau sich zurzeit in der Irrenanstalt befindet. Der Mann besuchte in Begleitung seiner Tochter seine unglückliche Gattin in der Irrenanstalt; dort zog er plötzlich einen Revolver heraus und gab im ganzen sechs Schüsse auf seine Tochter, seine Frau und sich selbst ab. Am schwersten wurde die Tochter verletzt. Die Verwundete wurde dem Krankenhause zugeführt. W. gab an, die unselige Tat aus Verzweiflung über die Krankheit seiner Frau begangen zu haben. Wie verlautet, soll die unglückliche Frau ihren Mann bereits früher aufgefordert haben, sie zu töten.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeit von den deutschen Städten mit mindestens 60 000 Einwohnern betrug auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet in der Woche vom 15. bis 21. Septbr. in: Aachen 23,4, Altona 12,5, Augsburg 23,6, Barmen 15,7, Berlin 14,7, Bielefeld 5,6, Bochum 24,8, Bonn 21,9, Borbeck 22,9, Braunschweig 20,2, Bremen 12,3, Breslau 16,4, Charlottenburg 10,3, Chemnitz 22,1, Danzig 16,1, Darmstadt 11,4, Dessau —, Dortmund 31,3, Dresden 14,7, Deutsch-Wilmersdorf 11,2, Duisburg 18,2, Düsseldorf 12,4, Elberfeld 12,9, Elbing —, Erfurt 11,6, Essen 11,6, Flensburg —, Frankfurt a. M. 14,3, Frankfurt a. O. 16,8, Freiburg i. B. 11,6, Fürth 20,8, Gelsenkirchen 27,3, M.-Gladbach 21,1, Gleiwitz 2,03, Görlitz 19,3, Gera —, Hagen 10,3, Halle a. S. 19,1, Hamborn 30,5, Hamburg 12,3, Hannover 14,7, Harburg—, Heidelberg —, Karlsruhe 13,9, Kassel 14,4, Kaiserslautern —, Kiel 10,6, Koblenz —, Köln 21,9, Königsberg i. P. 19,2, Königshütte —, Krefeld 11,2, Leipzig 17,4, Lichtenberg —, Liegnitz 16,1, Linden 18,1, Lübeck 10,5, Ludwigshafen 16,5, Magdeburg 14,9, Mainz 19,5, Mannheim 14,4, Metz 23, Mülhausen i. E. 18,4, Mülheim a. R. —, Mülheim a. d. R. 17,0, München 16,4, Münster 14,9, Nürnberg —, Oberhausen —, Offenbach —, Osnabrück 25,1, Pforzheim 17,5 Plauen i. V. 18,8, Posen 19,7, Potsdam 5,0, Remscheid 13,3, Rixdorf 14,4, Rostock —, Schöneberg 9,0, Solingen —, Spandau 17,3, Stettin 17,1, Straßburg i. E. 15,3, Stuttgart —, Ulm —, Wiesbaden 13,3, Worms —, Würzburg 22,9, Zabrze 26,7, Zwickau 14,2.

Nationale Schweineseuche. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß auf dem Gehöft des Halbbaufners W. Mahnke in Harmsdorf die Rotlaufseuche (Backsteinblattern) ausgebrochen ist. Die Schweineställe des Genannten sind unter Sperre gestellt.

pb. **Vergehen gegen die Seemannsordnung.** Festgenommen wurde ein schwedischer Matrose, der sich eines Vergehens gegen die Seemannsordnung schuldig machte. Er hat sich den Befehlen des Steuermannes widersetzt.

pb. **Diebstahl.** Am Sonnabend, den 5. ds. Mts., stellte ein hier wohnhafter Zimmermann einen grünen Deckelkorb, gegen 8¾ Uhr abends am Hüxterdamm bei der Badeanstalt, unweit einer Gaslaterne, auf den Bürgersteig und entfernte sich auf ganz kurze Zeit. Als er zurückkehrte, war der Korb, der 1½ Pfund Schweinefleisch, 1 Pfund Schmalz, geräucherte Bücklinge, Mettwurst, Leberwurst, Knackwürste und Vogelfutter enthielt, verschwunden.

pb. **Auf frischer Tat ertappt.** In der Nacht vom 5. zum 6. ds. Mts. stieg ein Einbrecher durch ein nach hinten belegenes Küchenfenster in ein an der Cronsforder Allee belegenes Haus. Er hatte sich bereits ein Portemonnaie mit Geld angeeignet, als die Bewohner erwachten. Es gelang ihnen den Dieb solange festzuhalten bis herbeigerufene Schutzleute ihn festnehmen konnten.

pb. **Ein guter Fang.** Ermittelt und festgenommen wurde ein mit Zuchthaus vorbestrafter Arbeiter, der sich in Israelsdorf und in hiesiger Stadt verschiedener Diebstähle, besonders an barem Gelde schuldig machte. Das Geld verbrauchte er in Gemeinschaft mit einer hier wohnhaften geschiedenen Ehefrau.

Stadttheater-Provisorium. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Die köstliche Oper „Die lustigen Weiber von Windsor", welche so außerordentlich beifällig aufgenommen wurde, wird Dienstag zum ersten Male wiederholt. Es steht zu erwarten, daß bei der Vorzüglichkeit der Darbietungen das Theater gut besucht wird, daher empfehlen wir, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen. Mittwoch bleibt das Theater geschlossen. Für Donnerstag wird eine interessante Premiere vorbereitet: „Lady Windermeres Fächer" von Oskar Wilde.

In L. Puls Universum in der Beckergrube tritt gegenwärtig wieder eine Künstlerschar auf, die reiche Anerkennung beim Publikum findet. Am 17. Oktober hat Herr Kapellmeister Wesely sein Benefiz, worauf wir schon jetzt hinweisen wollen.

Hamburg. Ein folgenschwerer Straßenbahn-Zusammenstoß ereignete sich am Sonntag abend zwischen 5 und 6 Uhr auf der abschüssigen Strecke in Ohlsdorf zwischen einem Motorwagen der Linie 20 und einem Anhängewagen der Linie 6. Ersterer, über den der Führer die Gewalt verloren hatte, sauste in voller Fahrt auf den Anhängewagen, wodurch der Hinterperron des letzteren vollständig zertrümmert wurden. Neun Personen erlitten durch den Zusammenstoß zum Teil schwere Verletzungen. Einige mußten mittels Krankenwagen ins Krankenhaus überführt werden, wo Schenkelbrüche, Kopf- und Armverletzungen festgestellt wurden. Am schwersten getroffen wurde bei dem Unfall der auf dem Hinterperron des Anhängewagens stehende Schaffner Thiede, dessen 3jähriger, neben ihm stehender Sohn bei dem Anprall aus dem Wagen fiel, unter den Motorwagen geriet und überfahren wurde. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Auch er fand Aufnahme im Krankenhause. Eine derartige Kollision hat sich in den beiden letzten Jahren an derselben Stelle nunmehr zum dritten Male ereignet.

Kiel. Angerannter Passagierdampfer. Ein auf der Germaniawerft gebautes russisches Unterseeboot rammte beim Einlaufen in den Hafen den Passagierdampfer „Claus Groth", der an der Backbordseite erheblich beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt.

Lunden. Blutiger Streit. Bei einer Jahrmarkts-Tanzmusik kam es zu Eifersüchteleien zwischen zwei italienischen Arbeitern. Einer zog den Revolver und verletzte seinen Gegner schwer. Außerdem wurden ein Mädchen und der Gärtner Holz verletzt. Letzterer ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Der Täter ist flüchtig.

Rostock. Eisenbahngemeinschaft. Eine in Rostock stattgefundene Eisenbahnkonferenz zwischen Preußen und Mecklenburg hat, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, die Bereitwilligkeit Mecklenburgs zu einem Anschluß an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft ergeben. Über die beiderseitigen Bedingungen soll eine neue Konferenz Mitte November stattfinden.

Schwerin. Der Sachsenbergprozeß wird noch einmal aufgerollt. Von den neun Verurteilten haben vier ihre Strafen angenommen. Von den fünf Verurteilten, die Revision einlegten, haben zwei sie zurückgezogen, während sie bei einem verworfen wurde. Bei zweien ist sie angenommen, so daß die Sache noch einmal zur Verhandlung kommt.

Bremen. Auf schreckliche Weise ums Leben gekommen ist ein 9 Jahre alter Knabe. Er wollte die für die Schweine gekochten Kartoffeln zerstampfen. Um den Stampfer zu kriegen, kletterte er auf den Rand des Kübels, in den die Kartoffeln soeben geschüttet worden, dabei glitt er ab und kam mit den Füßen in die kochend heißen Kartoffeln. Dabei hat der Kleine sich die Füße so entsetzlich verbrannt, daß alle ärztliche Kunst vergebens war. Der Knabe ist nach einigen qualvollen Tagen im Diakonissenhause gestorben.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kaufhaus
Leo Leibholz & Co.
Lübeck, Holstenstraße 25 • 27 • 29 • 31 • 33.

DIESE WOCHE **Extra-Angebot in Baumwollwaren** DIESE WOCHE

Ein Posten **Schürzen-Gingham** prima starkfädige Ware garantiert waschecht 115 cm breit Mtr. **58** Pfg.	Ein Posten **Schürzen-Gingham** prima Stepp-Schürzen garantiert waschecht 120 cm breit Mtr. **78** Pfg.	Ein Posten **Schürzen-Gingham** prima Stepp-Schürzen garantiert waschecht 120 cm breit Mtr. **88** Pfg.	Ein Posten **Flanelle** blau Hemden-Flanelle garantiert krumpffrei Mtr. 1.85 1.65 1.55 **1.25** Mk.
Ein Posten **Bett-Züchen** garantiert waschecht 1½ bettig Mtr. **65** Pf.	Ein Posten **Bett-Züchen** garantiert waschecht 1½ bettig Mtr. **78** Pfg.	Ein Posten **Bett-Züchen** garantiert waschecht 2 bettig Mtr. **95** Pfg.	Ein Posten **Unterrock-Velours** in allen Farbenstellungen Ia Qualität, gar. waschecht Mtr. **85** Pfg.
Ein Posten **Hemd.-Tuche** Spezial-Qualität mittelfädig, 80 cm breit Meter **34** Pfg.	Ein Posten **Hemd.-Tuche** Spezial-Qualität mittelfädig, 80 cm breit Meter **38** Pfg.	Ein Posten **Hemd.-Tuche** Spezial-Qualität grobfädig, 80 cm breit Meter **46** Pfg.	Ein Posten **Flanelle** grau, braun, weiss, garantiert krumpffrei Mtr. 1.90 1.60 1.40 Mk. **98** Pfg.

3 Serien Kleider-Velours

Serie I.	Serie II.	Serie III.
Moderne Dessins waschecht Wert bis 50 Pfg. Meter **38** Pfg.	**Hochmoderne Dessins Prima Veloutine** Wert bis 70 Pfg. Meter **48** Pfg.	**Eleg. Ausmusterung aparte Dessins** Wert bis 90 Pfg. Meter **68** Pfg.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Zwecks Berechnung der Rückvergütung müssen die **Umsatzkarten und Mitgliedsbücher** in der Zeit vom **1. bis 10. Oktober** in den Verkaufsstellen gegen Quittung abgeliefert werden. Rückstände unter 1 Mark kommen nicht zur Berechnung.

Auch diejenigen Mitglieder, die noch zu kaufen haben, werden dringend gebeten, ihre Mitgliedsbücher zur Kontrolle abzuliefern.

Konnten wir Ablieferung finden wir in den Verkaufsstellen in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Sterbekasse Fidelitas
für Männer und Frauen.
Ordentliche General-Versammlung
am Montag den 14. Oktober abends 9 Uhr in den „Zentralhallen“ (E. Bergmann).

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom verflossenen Geschäftsjahr.
2. Vorstandswahl (§ 13).
3. Anträge.
4. Mitteilungen des Verbandes, betreffend Sterbekasse.

Recht zahlreiches Erscheinen der Kassenbücher erwünscht. **Der Vorstand.**

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 9. Oktober 1907,
abends 8 Uhr
im Kolosseum:
Volkstüml. Konzert
(Orchester: 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solist: Herr **Emil Gerbach.**

Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouvertüre zu Flotows Hochzeit W. A. Mozart.
Tonbilder aus Rheinwald R. Wagner.
Ungarische Tänze Nr. 5 u. 6 J. Brahms.
Gedichten aus dem Wiener Wald J. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

---

5 Pfg. pro Pfund zahlen wir für Haushaltungen. Für Altmetalle und Gummi die höchsten Preise.
Alistrasse 37.

Pflaumen, süße Frucht,
a Pfd. 15 Pfg.
Elsewigstraße 9a.

Achtung!
Oeffentl. Versammlung
für
alle in der Metallbranche beschäftigten Arbeiterinnen
am Dienstag, den 8. Oktober 1907
abends 8½ Uhr
im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstr. 25.
Tages-Ordnung:
Vortrag der Kollegin **Bertha Lungwitz-Berlin** über:
„Die Verkürzung der Arbeitszeit“.
Zahlreichem Besuch der Versammlung sieht entgegen
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ganz besonders werden die Arbeiterinnen der Firmen **Carl Thiel & Söhne, Drahtseilerei, Evers & Co.** und von den **Tabakwerken** hierzu eingeladen.

Aufforderung
zum
Meisterschaftsstemmen von Lübeck.
für das Jahr 1907—1908.

Herren, welche genügt sind, sich am Wettstreit zu beteiligen, können die Bedingungen an jedem Dienstag und Freitag abend von 9—11 Uhr in unserm Klublokal **Gr. Burgstr. 11** bei Herrn **Chr. Wien** einsehen. Meldeschluß 18. Oktober.

NB. Die Preise bestehen aus echt silbernen Medaillen.

Athletenklub „Atlas“ von 396.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband.

Die am Dienstag, den 8. Oktbr. 1907, stattfindende Mitglieder-Versammlung unseres Verbandes **fällt Umstände halber aus.**

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
Lübeck.
Täglich das sensationelle
Eröffnungs-Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt:
Lüneburg
und Lüneburger Heide.

Stadt-Theater.
(Provisorium).
Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Dienstag, 8. Oktober. 7½ Uhr:
8. Abonn.-Vorst. 2. Dienstag-Abonn.
Zum 2. Male:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Kom.-phant. Oper in 3 Akten von Nicolai.
Balletteinlage, arrangiert von Fr. Balletmeisterin E. Sittson.
Mittwoch: Keine Vorstellung.
Donnerstag: **Lady Windermeres Fächer.**
Billets im Vorverkauf nur bei Raibel und an der Theaterkasse.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 234. Montag, den 7. Oktober 1907. 14. Jahrg.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe.

(Deutscher Senefelderbund.)

Im Anschluß an die Generalversammlung des Deutschen Senefelderbundes wurde am 30. September in München die Generalversammlung des Verbandes der Lithographen usw. eröffnet. Unter Ablehnung eines Geschäftsordnungsantrages Bratke-Hannover, die Gaubeamtenfrage auf die Tagesordnung zu setzen, wurde die vom Hauptvorstand festgesetzte Tagesordnung genehmigt. Diese lautet: 1. Geschäftliches, 2. Bericht des Hauptvorstandes und des Ausschusses, 3. Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung des Deutschen Senefelderbundes, 4. Anträge zum Statut, 5. Allgemeine Anträge. Es wird zunächst von der Mandatprüfungskommission Bericht erstattet. Danach sind 60 Delegierte anwesend. Die österreichische Bruderorganisation ist vertreten durch Mühlberger-Wien; ebenso ist der Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen durch dessen Gauvorsitzenden Albert Schmidt-München vertreten. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Hierauf wird der Bericht des Hauptvorstandes und des Ausschusses entgegengenommen. Der ebenfalls gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wird von dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes, Sillier-Berlin ergänzt. Nach dem Bericht fanden im letzten Jahre für Lithographen und Steindrucker in 23 Städten und 42 Firmen Lohnbewegungen ohne Streiks statt, wobei es sich um acht- und neunstündige Arbeitszeit, Feiertagsbezahlung, Überstundenzuschlag, Lohnerhöhung und Urlaubsbewilligungen handelte. — Streiks fanden vier statt. — Tarifverträge wurden abgeschlossen mit der Firma Strohbach in Ebersbach i. S. auf drei Jahre bis 1. April 1910, ebenso mit der Firma Serong in Höxter, mit den Vereinigten Kunstanstalten in Kaufbeuren auf zweieinhalb Jahre. Verschiedene Lichtdruckerfirmen haben den vom 1. Januar 1907 bis 1. Januar 1910 gültigen Tarif anerkannt, wodurch die Prämienarbeit abgeschafft wurde. — Der Verband zählt zurzeit 14 288 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 427 Mitgliedern. Nach Verschmelzung mit dem Senefelderbund wird der Verband 17 500 Mitglieder zählen. Sillier führte zum Geschäftsbericht aus: Wie in München es geschah, so werden auch die Arbeitgeber anderer Städte die Tarife kündigen und ohne Tarif arbeiten. Er glaube aber, daß die Arbeitgeber die Erfahrung machen werden, daß sie ohne Tarif weit schlechter wegkommen. Dann kritisiert Redner das Vorgehen des Fabrik- und Landarbeiterverbandes, der die Wachstuchdrucker und verwandte Gewerbe in seinen Verband ziehen wollte, trotzdem der Verband der Lithographen schon bestimmte Abmachungen mit den Wachstuchdruckern getroffen hat. Kassierer Brall erstattete den Kassenbericht über das zweite Quartal 1907. Der Bericht ergibt eine Einnahme von 62 655,91 Mk. und eine Ausgabe von 33 078,21 Mk., somit ein Überschuß von 29 577,70 Mk. Das Gesamtvermögen des Verbandes beträgt 83 943,26 Mk. Darunter befinden sich 4506,84 Vorschüsse an Mitglieder. Der Kassierer macht aber darauf aufmerksam, daß der Verband noch an einige Mitglieder, von denen er zu lange Extrasteuern verlangt habe, Gelder hinauszubezahlen habe. Beßner erstattete den Ausschußbericht. In der nun folgenden Debatte über den Geschäftsbericht stellt der Vorsitzende auch den Antrag Augsburg zur Diskussion, der lautet: „Restierende Extrasteuern des vergangenen Kampfes sollen bei allen Unterstützungskassen in Abzug gebracht werden können und sollen mindestens bis zur 14. Woche gezahlt werden müssen.“ Dazu liegt ein Antrag Leipzig vor: „Restierende Streik- und Extrasteuern des vergangenen Kampfes sollen bei allen Unterstützungskassen in Abzug gebracht werden und müssen mindestens in der Höhe von 14 Wochen Streiksteuern und in der Höhe von 10 Wochen Extrasteuern bezahlt werden.“ Rudolf-Hamburg wünscht, daß auf der nächsten Generalversammlung eine gründliche Aussprache über die Auskunftskarten erfolge. — Der Gauleiter vom Rheinland, Kollege Bauknecht, kritisierte die von seiten des Schutzverbandes der Arbeitgeber eingeschlagene Politik der Tarifkündigung und des Weiterarbeitens ohne Tarif. Tarifverträge müssen, soweit sie annehmbar sind, abgeschlossen werden, da sie erfahrungsgemäß zur Steigerung der Löhne beitragen. — Hierauf folgte eine lebhafte Diskussion über die Extrasteuern, Auskunftskarten, Lehrlingsfrage usw. — Ullrich-Hamburg klagt darüber, daß trotz der Auskunftskarten manche Kollegen unter dem angegebenen Mindestlohn arbeiten. — Rasch-Hanau wünscht, daß die Extrasteuern in anderer Form eingezogen werden. — Leinen-Dresden verlangt, daß die Extrasteuern so lange erhoben werden, bis die Kosten für den letzten Kampf gedeckt sind. — Scheele-Kassel fordert, daß die Fragen der Auskunftskarten der Zahl nach beschränkt werden und daß die Karten streng geheim gehalten werden, da sie sonst den Scharfmachern ein gutes Kampfmittel bieten. — Rudolf-Hamburg verwirft den paritätischen Arbeitsnachweis. — Zappe-Altwasser wünscht die Aufstellung eines Gaubeamten für Schlesien, sowie, daß den Lehrlingen eine kleine Broschüre über den Verband eingehändigt wird. — Lindenhahn-Fürth ersucht um Verteilung eines Situationsplanes über die Zahlstellen. — Herbst-Nürnberg wünscht die Gründung einer Fachschule. Der Antrag Leipzig wird schließlich einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag Bratke, den Hauptvorstand zu beauftragen, eine Klärung und Einigung bezüglich der Organisation der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumdrucker und des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter herbeizuführen. Der Hauptvorstand und die Kontrollkommission werden für die abgeschlossene Geschäftsperiode einstimmig entlastet. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die Stellungnahme des Verbandes zu den Beschlüssen der Generalversammlung des deutschen Senefelderbundes. In den übergangsbestimmungen schlägt der Hauptvorstand und der Ausschuß des Verbandes vor: 1. allen in den Verband übertretenden Mitgliedern des Senefelderbundes die Karenzzeiten voll anzurechnen, 2. die zu gewährenden Unterstützungen aus Verbandsmitteln weiter zu bezahlen, 3. die Mitglieder des Senefelderbundes, welche der Gewerkschaftskasse des Verbandes nicht angehörten, sollen den seit Ostern 1907 fällig gewesenen Beitrag für die Gewerkschaftskasse nachzahlen, 4. ausgenommen sind solche übertretenden Bundesmitglieder, die in Staatsbetrieben beschäftigt sind, sowie Prinzipale, Betriebsleiter, Oberlithographen, Oberdrucker und Faktore und alle über 60 Jahre alten Nurverbandsmitglieder, 3. Mitglieder des Bundes, die nur der Krankenkasse angehören, zahlen für diesen Kassenzweig einen Wochenbeitrag von 35 Pfg, 6. als Betriebsleiter, Oberlithograph, Oberdrucker und Faktor gilt der, dessen Anstellungsbedingungen den gesetzlichen Bestimmungen bei Betriebsleitern entspricht, 7. über die Beteiligung der Oberlithographen usw. bei Lohnbewegungen entscheidet der Hauptvorstand, 8. für alle diese Mitglieder ist das Gesamtstatut verbindlich. Hierzu beantragt Müller: Sämtliche Unterstützungen sind freiwillige, nicht klagbare. Ferner wird beantragt, den Kassierer des Senefelderbundes, Brall, und den Sekretär Lange als besoldete Beamte des Verbandes zu übernehmen und dem früheren Kassierer des Bundes, Georg Gietrich, die Pension weiter zu gewähren. Hierzu liegen folgende Anträge vor: Der Antrag Dresden-Karlsruhe fordert, den Mitgliedern, die dem vom Rechtsschutzverein gegründeten Verein Senefelder angehören, die Mitgliedschaft im Verein zu verweigern, wenn sie fernerhin dem Rechtsschutzverein angehören wollen. — Der Antrag Fürth verlangt, daß die sogenannten Halbmitglieder des Senefelderbundes in den Verband übernommen werden. Die Anträge Hannover-Detmold, Lahr wollen, daß Halbmitglieder in den Verband nicht aufgenommen werden und für Oberlithographen usw. keine Ausnahmebedingungen zugelassen werden. Nach einer lebhaften Debatte wurden die Anträge 1, 2, 3, 6 bis 8, sowie der Antrag Dresden-Karlsruhe einstimmig angenommen. Der Antrag 4 wird mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen; dagegen stimmen u. a. die Vertreter von München, Hamburg, Hannover. Der nächste Punkt der Tagesordnung: Anträge zum Statut, wird von der Tagesordnung der Generalversammlung abgesetzt und einer aus 9 Mitgliedern bestehenden Kommission überwiesen. Den nächsten Beratungsgegenstand der Generalversammlung bilden Allgemeine Anträge. Die Generalversammlung beschloß, daß neue Beamtenstellen für Dresden, Hamburg, München und Schlesien zu schaffen sind. — Der Antrag Karlsruhe, außer den bestehenden Auskunftskarten für Stellungsuchende auch diesbezügliche Anfragekarten herauszugeben, wird ohne Debatte angenommen. — Über den Antrag Frankfurt a. M., die Generalversammlung wolle beschließen, den Anschluß der Porträtsphotographen an den Verband abzulehnen, entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt. — Der bisherige Hauptvorstand wird einstimmig wiedergewählt. Redakteur Bartel-Berlin erstattete noch den Bericht über den internationalen Kongreß in Stuttgart. Damit war die Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung erledigt und wurde die Versammlung geschlossen.

Soziales und Parteileben.

Die „christliche“ Organisation als Vorfrucht. Südlich von Nürnberg zieht der Juraabschnitt vorüber, wo die berühmten Lithographiesteine gebrochen werden. Die Brüche befinden sich auf verhältnismäßig kleinem Raume bei dem Dorfe Solnhofen und beschäftigen zirka 1500 Arbeiter, die in den über das Steinbruchgebiet verstreuten Orten wohnen. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die denkbar traurigsten. Die freien Gewerkschaften haben schon oft Versuche gemacht, diese ausgebeuteten Proletarier für die Organisation zu gewinnen und deren Lage zu verbessern, aber kaum merkten das die christlichen Agitatoren, die sich bisher um diese Arbeiter gar nicht bekümmert hatten, als sie sich ebenfalls beeilten, ihre „Organisationsarbeit“ zu beginnen, und da es sich um eine sehr fromme Gegend handelt, gelang es ihnen auch, nahezu sämtliche Arbeiter der Steinbrüche für die christliche Gewerkschaft zu gewinnen. Die Arbeiter begnügten sich aber nicht damit, christlich organisiert zu sein, sie wollten auch Taten sehen. Die Leiter konnten die Bewegung nicht mehr zügeln und sahen sich gezwungen, mitzutun. Sie brachten auch einen Tarifvertrag zustande, der ein wahrer Hohn auf einen solchen ist. Den düpierten Arbeitern gehen nun nach und nach die Augen auf, und sie zeigen sich jetzt den modernen Gewerkschaftsbestrebungen viel zugänglicher als sonst. So fand dieser Tage in Langenaltheim, einem Mittelpunkte des Steingebietes, eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in der die sämtlichen bisher christlich organisiert gewesenen Teilnehmer ihren Übertritt zum Steinarbeiterverbande vollzogen und sofort eine Filiale desselben errichteten.

Eine Massenflucht von Arbeitern ist die erste Folge der Hartnäckigkeit, mit der die Grubenherren in Niederschlesien die Forderungen der Bergleute brüskieren. Bereits sind über 1000 Personen aus der Gegend verzogen und erst vor zwei Tagen gingen zwei ganze Auswandererzüge von Waldenburg-Altwasser ab nach Westfalen. Zu Hunderten suchen sich die Knappen andere Arbeit oder andere Arbeitgeber. In wer weiß wie vielen Berufen versuchen sie ein Unterkommen zu finden. Mit Entsetzen sehen es die Geschäftsleute, die Steuerbehörden und der gesamte von den Arbeitern lebende Mittelstand, die alle eine schwere Wirtschaftskrise kommen sehen. Mehr und mehr wenden sie sich bereits gegen die gefühllosen Grubenbarone. Aber ernstlich Stellung für die Arbeiter zu nehmen und den Worten auch Taten folgen zu lassen, fürchten sie sich. Die Grubenkapitalisten haben es zu gut verstanden, sich alle dienstbar zu machen und alle und alles, Beamte und Geistliche, Geschäftsleute und Behörden in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihnen zu erhalten. Das Geld dieser Protzen hat das ganze gesellschaftliche Leben der Gegend verseucht und nur derjenige vermag sich noch zu halten, der in entsprechender Bewunderung vor dem Hochmute der Kapitalisten erstirbt und ihre Macht anbetet wie ein Götzenbild. Möglich, daß auch der Mittelstand, wenn die Flucht der Arbeiter andauert, erkennt, daß er als Schaf dem Wolf bisher die Vertretung seiner Interessen überlassen und sich damit für alle Zeit seinen

Ein verlornes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(3. Fortsetzung.)

Der Landrichter und der Landschöppe Christian Kneussler waren mit der Ausführung dieses Unternehmens beauftragt und in aller Stille hatten sie sich zwanzig Männer auserlesen, welche ihnen Kraft und Mut genug zu haben schienen, um einen so gefürchteten Mann wie Niklas List war, zu verhaften.

Aus verschiedenen Ortschaften waren die Männer aufgeboten und jeder von ihnen hatte sich nach Kräften zu bewaffnen gesucht.

Ein Unkundiger würde erschreckt zurückgefahren sein, wenn er unerwartet unter die in dem Försterhause Versammelten getreten wäre. Vor der Stubentür standen mehrere alte Gewehre, einige Heugabeln und Äxte. Die meisten der Männer hatten noch Pistolen und mächtige Messer in den Röcken und Westen stecken, oder alte Säbel an die Seite geschnallt.

Selbst der Landrichter hatte vor sich auf dem Tische eine lange Pistole liegen, von der er behauptete, daß sie dreidoppelt geladen sei und daß er zehn Räuber auf einen Schuß damit niederstrecken könne. Einen mächtigen Säbel hatte er umgeschnallt, er stützte sich mit beiden Händen darauf; allein trotz dieser hinreichenden Bewaffnung war es ihm doch bang um das Herz, so wenig er es auch sich merken lassen wollte. Man sah es seinen blassen Wangen und unruhigen Augen an, welche immer wieder über seine Tapferen hinglitten, um sich stets aufs neue zu überzeugen, daß diese Männer ausreichend seien, zehn Räuber gefangen zu nehmen, wenn nur ein jeder von ihnen halb seine Schuldigkeit tut.

Die Groggläser wurden aufs neue gefüllt und geleert; der Morgen dämmerte bereits und Christian Kneussler trieb zum Aufbruch.

„Nein,“ sprach der Landrichter, indem er die Halsbinde, welche ihm plötzlich sehr eng zu werden schien, etwas lüftete. „Wir wollen den hellen Morgen abwarten. Es soll uns niemand nachsagen, wir hätten die Räuber während der Nacht überfallen. Ich bin kein Freund von einem nächtlichen Angriffe, Auge ins Auge muß ich meinen Gegner sehen können.“

„Und wenn die Verbrecher uns nun entwischen?“ warf der Landschöppe ein.

„Seid ohne Sorge,“ erwiderte der Landrichter, die Nase etwas höher emporhebend, „mir — mir ist noch niemand entwischt. Ihr wißt ja, daß die Räuber bis spät in die Nacht hinein gezecht haben — die schlafen ihren Rausch aus. Wir werden sie noch in den Betten treffen und leichtes Spiel mit ihnen haben; ich will indes noch einmal meinen Gerichtsdiener Schneller verhören — er hat die Räuber ja, wie Ihr wißt, beachtet. Ich kann mich auf den Mann verlassen.“

Der Landschöppe lehnte sich zurück in die Ecke des Sofas. Der Förster rief den Gerichtsdiener.

Es war eine große, knochige, hagere Gestalt, die eintrat. Grade wie ein Ladestock stellte sie sich vor den Landrichter hin, sie wollte feststehen, allein trotzdem schwankte sie ein wenig, denn der Grog, welchen der Förster nach seiner Konstitution gebraut hatte, war ihr zu Kopfe und zu Beine gestiegen.

„Schneller,“ sprach der Landrichter, indem er sich auf den Säbel stützte, „rapportiert mir noch einmal, was Ihr gesehen habt.“

Der Gerichtsdiener bot alle Kräfte auf, um festen Boden unter sich zu gewinnen. Dies gelang ihm, weil seine Rechte einen Stuhl erfaßte, auf welchen er sich stützen konnte; allein schwerer wurde es ihm in seinem Kopfe, in welchem es ohnehin nie ganz licht wurde, einen klaren Gedanken hervorzurufen.

„Herr Landrichter,“ sprach er halb verlegen und halb stotternd, „mit Respekt zu vermelden — ich habe alles gesehen.“

„Was habt Ihr alles gesehen?“ fragte der Landrichter weiter.

„Nun ich meine durch die Ritze in dem Fensterladen,“ erwiderte der Gefragte — „aber ich habe sie alle gesehen.“

„Wen habt Ihr gesehen?“

„Den Wirt, den Nikel List — und noch drei Männer, wie ich schon gemeldet habe.“

„Und Ihr meint, daß auch sie Räuber sind?“ unterbrach ihn der Landrichter fragend.

„Gewiß!“ versicherte Schneller, sich zusammennehmend.

„Kennt Ihr sie?“

„Nein. Allein in der Schenke kehren nur Räuber ein — ich meine, mit Respekt zu vermelden — während der Nacht. Und obendrein waren sie betrunken.“

„Und sie sind in der Schenke geblieben?“

„Sie sind geblieben,“ gab der Gerichtsdiener mit Bestimmtheit zur Antwort. „Ich habe so lange hinter dem Gartenzaune gesessen, bis drinnen im Hause Alles still war und es mir selbst zu kalt wurde.“

„Glaubt Ihr, daß die Räuber sich widersetzen werden?“ warf der Landschöppe fragend ein.

Schneller zögerte mit der Antwort, weil er dieselbe zuvor reiflich überlegen wollte.

„Herr Landschöppe,“ sprach er, endlich sich zusammennehmend und in die Brust werfend, „das kommt darauf an. Wenn wir sie sogleich richtig fassen, so wird ihnen der Widerstand wenig helfen. Ich bin Soldat gewesen und ich meine deshalb, wir müssen ihnen einen Hinterhalt legen — hinter einen Zaun — ich kenne das Terrain. Und dann, meine ich, müssen einige in das Haus dringen und scharf auf die Räuber losgehen, dann wird sich alles machen.“

Er drehte sich seinen mächtigen Schnauzbart mit einer Befriedigung, als ob ihm ein großes Werk gelungen sei. Einen guten und klaren Rapport hielt er nämlich für die schwerste Aufgabe, die man einem Menschen stellen kann.

„Schneller,“ fragte der Landrichter weiter, „waren die Räuber bewaffnet?“

„Stark, Herr Landrichter,“ versetzte der Gefragte.

„Ich vermute es,“ fuhr der Landrichter fort, indem er einen tüchtigen Zug aus dem Groggglase tat, um das ihn befallende unangenehme Frösteln zu verscheuchen. „Wir müssen uns über einen geschickten Angriffsplan einigen. Unsere Ehre erfordert, daß keiner der Räuber entwischt.“

Schneller erbot sich sofort, den Hinterhalt zu kommandieren. Der Landrichter, der Schöppe und namentlich der Hofschlächter Gottfried Locardt führten das Wort, um einen schlauen Plan auszusinnen. Sie kamen darin überein, daß es das Klügste sein werde, das Haus zu umstellen und dann die Räuber von ihrer gedeckten Stellung aus aufzufordern, sich zu ergeben.

„Ich werde meinen Hinterhalt so stellen, daß ihn die Räuber sehen können“, fügte Schneller hinzu, „das wird ihnen Furcht einflößen“.

Mit ungeduld hatte der Förster zugehört. Er war durchaus kein Redner, allein der Grog war ihm zu Kopfe gestiegen und gab ihm Mut.

Klauen ausgeliefert hat. Möglich — aber keineswegs sicher. Der schlesische Mittelstand ist ein getreues Abbild jener Kleinbürger, die unser Schoenlank in seiner prächtigen Studie in der „Neuen Zeit" (Band VIII 1890) geschildert hat: Diejenigen Geschäftsleute, die infolge der Brutalität der Grubenherren bankrott gehen, lassen sich willig ins Heer der Proletarier, aus dem sie meist stammen, wieder hineinstoßen und — dienen dann denselben Kapitalisten als Arbeiter! Als Ersatz für die Vertriebenen!! Und preisen die Güte und Allmacht ihrer Bezwinger und begeifern diejenigen, die den Hochmut der Kapitalisten zu brechen sich vorgenommen! Es ist ein tragisches Schicksal, das dieser Schicht beschieden ist. Aber ein unabänderliches. Nur eine Klasse hält es aus, dem Kapitalismus ewig als Feind gegenüber zu treten, das ist die der Arbeiter. Sie kann nicht mehr zerrieben werden zwischen den Mühlsteinen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sie kann nur an Kraft zunehmen. Weil sie berufen ist, die Herrschaft der Kapitalisten abzulösen. Auch die der Grubenprotzen Niederschlesiens!

Höchst originell liest sich angesichts dieser Situation ein Wutguß des Leiborgans der Grubenherren, der „Schlesischen Zeitung". In ihrem Zorn legt sie sogar gegen die Unternehmer los — freilich nicht die niederschlesischen. Sie schreibt im Abendblatt vom Mittwoch:

„Die Grubenverwaltungen im Westen scheinen sich die hiesige Lohnbewegung im Interesse der jetzigen Hochkonjunktur zunutze zu machen und die vom Bochumer Verbande inszenierte Massenabwanderung von Bergleuten aus dem Waldenburger Revier zu unterstützen. Am 1. Oktober ist, angeblich auf Kosten rheinischer Werke, ein Sonderzug von 60 Achsen mit über 600 Leuten nach dem Ruhrkohlenrevier abgegangen. In Kohlfurt wurden die Abwanderer während eines halbstündigen Aufenthaltes auf dem Bahnhofe auch auf Kosten der Unternehmer beziehungsweise der Zechenbesitzer im Wartesaal 3. Klasse bewirtet. Ihr Hausgerät haben sie bereits vorausgesandt. Der Sonderzug ging bis Bochum durch."

Der Schmerz ist begreiflich. Ehren auch wir ihn!

Prompte Arbeit. Eine eilige Bestellung prompt ausgeführt hat das Landgericht in Liegnitz. Vor weniger als zwei Wochen sind dort die Brauereiarbeiter in einen Ausstand getreten. Später erklärte sich die gesamte Arbeiterschaft mit den Kämpfenden solidarisch, und das Gewerkschaftskartell faßte vor kaum mehr als einer Woche den Beschluß, über drei Brauereien den Boykott zu verhängen. Darauf wandten sich die Brauereibesitzer an das Landgericht um den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch die der Boykott verboten werden sollte. Der Termin hat inzwischen schon stattgefunden, und das Landgericht hat den Brauereibesitzern auch wirklich eine blitzsagelneue einstweilige Verfügung geliefert, wonach es dem Gewerkschaftskartell und dem Brauerverbande bei einer Strafe von 500 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten ist, in öffentlichen Kundgebungen bekanntzugeben, daß das Bier der drei Brauereien boykottiert ist. — Dabei ist von verschiedenen Oberlandesgerichten wie auch vom Reichsgericht bereits mehrfach entschieden worden, daß der Boykott ein ebenso berechtigtes Kampfesmittel ist, wie der Streik. In Liegnitz ist aber das „Recht" vorläufig auf der Seite der Kapitalisten, und nach Monaten, wenn der Kampf längst beendet sein wird, kann ja ein höheres Gericht entscheiden, daß die einstweilige Verfügung zu Unrecht ergangen war.

Die „nächtlichen Elemente" in Senftenberg. Mittwoch haben sich in Senftenberg die Krawalle der Streikbrecher wiederholt. In großer Anzahl zogen sie vor das Rathaus. Dreißig Berliner Schutzleute sind zur Verstärkung der Polizeibeamten und Gendarmerie dort angekommen. Ein Streikbrecher hat den Direktor von Henkels Werken mit dem Messer gestochen. Am Abend kam es zu großen Tumulten der Arbeitswilligen. Die Gendarmen haben mit blanker Waffe eingehauen, Verhaftungen in großer Zahl wurden vorgenommen. Die Geschäftshäuser haben wegen der Unruhen ihre Läden geschlossen. Die Unternehmer, sehr wenig erbaut durch die herangezogenen „arbeitswilligen Hilfskräfte", haben eine Sitzung gehabt, über deren Resultat noch nichts bekannt ist. Auch die Streikenden hatten heute Versammlungen, in denen beschlossen wurde, erneut Einigungsverhandlungen anzubahnen. Das offiziöse Wolffsche Bureau verbreitet folgende Meldung:

Senftenberg, 2. Oktober. Infolge der Bergarbeiterbewegung ist es zu Ausschreitungen gekommen. Heute nachmittag wurde der Direktor eines Werks von drei Arbeitern überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt.

Kein Wort davon, daß die Streikbrecher die Tumulte begehen, kein Wort davon, daß ein Streikbrecher das Attentat auf den Direktor verübte! Die Leser der bürgerlichen Blätter werden durch diese tendenziöse Art der Berichterstattung in den falschen Glauben versetzt, daß Streikende die Exzesse begangen hätten. Und das ist wohl auch die Absicht. Denn sonst könnte die Reichslügenverbandspresse nicht über Roheitsvergehen streikender Arbeiter zetern und die Blätter vom Schlage der „Post" usw. nicht größeren Schutz der Arbeitswilligen verlangen. Diese Meldung ist ein Musterbeispiel, wie man in bürgerlichen Kreisen Tatsachen meldet und doch die Wahrheit unterschlägt.

1350 Metallarbeiter in Zürich ausgesperrt. Ausgesperrt wurden plötzlich am Dienstag 1350 Metallarbeiter in der Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vormals Escher, Wyß u. Co., die eigentlich der elektrotechnischen Gesellschaft vormals Lahmeier in Frankfurt a. M. gehört. Die Vorgänge sind folgende: Seit zirka einem halben Jahr streiken in Zürich die Spenglergehilfen, die bis jetzt auch nur zum kleinsten Teil durch Streikbrecher ersetzt werden konnten. Die genannte Maschinenfabrik läßt gegenwärtig einen Neubau herstellen, auf dem nun Streikbrecher erschienen, um die Spenglerarbeiten auszuführen. Die Metallarbeiter der Fabrik verlangten von der Arbeiterkommission, daß sie bei der Direktion vorstellig werden und die Entfernung der Streikbrecher fordern solle. Sie wurde aber von der Direktion nicht einmal empfangen. Hierauf begaben sich einige Arbeiter auf den Bau, um die Streikbrecher durch gütliches Zureden zum Verlassen zu bewegen, was auch Erfolg hatte. Inzwischen waren auch andere Arbeiter aus der Fabrik hinausgegangen, was die Direktion veranlaßte, den Betrieb einzustellen und die Arbeiter auszusperren. Die „Herren im Hause" und Scharfmacher wollen offenbar eine Machtprobe.

Nutzlose Bekämpfung streikender Arbeiterinnen mit der Feuerspritze. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet aus Paisley (Schottland) vom 3. Oktober: Während der gestrigen Mittagsstunde griffen 2000 ausständige Arbeiterinnen der Clarkeschen Zwirnfabrik die Arbeiterinnen der Coatesschen Werke in Ferguslie an und mißhandelten sie so, daß einige bewußtlos wurden. Eine in Tätigkeit gesetzte Feuerspritze verfehlte ihre Wirkung. Die zur Hilfe der Stadtpolizei herbeigerufene Grafschaftspolizei wurde mit Steinen beworfen.

Eine verpfuffte Dernburgerei. Wir haben bereits gemeldet, daß vor dem Landgericht zu Torgau der Genosse Fritz Düvell von der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zu Dresden freigesprochen wurde von der Anklage, Kolonialbeamte Deutschsüdwestafrikas beleidigt zu haben. Über die Verhandlung wird berichtet: Die Anklage, auf Grund eines Strafantrags Dernburgs erhoben, stützte sich auf den Bericht des überwachenden Gendarmen in jener Wählerversammlung zu Fichtenberg (Kreis Liebenwerda), wo Genosse Düvell als Referent geäußert haben sollte:

Die Beamten (in Südwestafrika) hätten machen können, was sie wollten. Schwarze Frauen haben sich ihren Gelüsten hingeben müssen, dann seien sie mit der Flußpferdpeitsche bearbeitet worden.

Genosse Düvell habe dem Gericht das Manuskript seines Vortrages übergeben, das diese Worte nicht enthält. Er erklärte, daß er wörtlich nach dem Manuskript gesprochen habe.

Die Reden des Gendarmen lauteten etwa:

Deutsche Volk — vor der Wahl. — Uno Mund recht voll genommen. — Versprochen alles mögliche. — Wilde Arbeiter an sein Bürgermeisterherz gedrückt. — Reichstag aufgelöst. — Zentrum 20 Mark. — 40 Proz. Greise und Kinder usw. — Polizei — Breslau. — Viele Millionen verausgabt. — Tippelskirch—Woermann. — Kolonien, Durst, Hunger, Typhus. — Dornenwüste. Nicht so viel geliefert als zu den Löschblättern gehört. — Handel mit Dänemark 3 Millionen. — Arenberg prügelt. Mordet. Weiber verhauen. — Dienstentlassung usw. usw.

Der Gendarm beschwor, die inkriminierten Äußerungen seien gefallen. Der Verteidiger legte dem Zeugen einige Fragen über seinen Bildungsgang vor. Eine Frage, wo Togo liege, wurde vom Gericht abgelehnt. Die Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Kreisvereins Torgau-Liebenwerda sowie ein Gendarm aus Mühlberg, wo Düvell am selben Tage denselben Vortrag gehalten hat, haben die inkriminierten Äußerungen nicht gehört. Interessant war die Feststellung des Verteidigers, daß der überwachende der Fichtenberger Versammlung bei der Vorvernehmung 18 Belastungszeugen angegeben habe. Vier von diesen waren überhaupt nicht in der Versammlung, dreizehn haben garnichts gewußt und nur einer konnte zur Hauptverhandlung geladen werden, um dort zu bestätigen — daß er auch nicht viel wisse. Trotz dieses Ergebnisses hält der Staatsanwalt die Schuld Düvells für erwiesen (!). Was der Gendarmaussage, sei für ihn allein glaubhaft. Aber auch das eigene Manuskript des Angeklagten enthalte schon schwere Beleidigungen. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen Düvells und mit Rücksicht auf die schweren Angriffe, denen in letzter Zeit die verdienten Beamten des Schutzgebietes ausgesetzt waren, müsse er eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten beantragen. Nach langer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung. Die Begründung geschah in einem Satze: Das Gericht habe nicht mehr feststellen können, wie die Äußerung Düvells gelautet habe. — Das Gericht hat also aus eigenem nicht geglaubt feststellen zu können, daß Genosse Düvell die ihm zugeschriebene unsinnige Verallgemeinerung nicht gesagt haben kann. Aber es hat wenigstens den Angaben nicht ohne weiteres zwingende Beweiskraft beigemessen, wie der Staatsanwalt wollte. Daß er dieses Ansinnen noch nach Verlesung der stümperhaften Notizen des Gendarmen stellen konnte, die aufs schlagendste beweisen, daß der Mann nicht imstande war, dem Gedankengang des Vortrages zu folgen, zeugt von der schreienden Rechtsunsicherheit, die durch das System der polizeilichen Versammlungsüberwachung herbeigeführt wird.

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Ungeniert dummdreist und gottesfürchtig — wie bei den schwindelhaften und unreellen Angriffen auf Personen unserer Partei — geht dieser Verband auch bei den Geldsammlungen auf sein „ehrbares" Ziel los. Einem Parteigenossen in Bochum wurde folgender Wisch von den Kommandeuren des betreffenden Verbandes ins Haus geschickt:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.
Hauptstelle Berlin.
SW. 11. Dessauerstraße 30, den 10. 9. 07.

Hochgeehrter Herr!

Sie hatten seinerzeit die Güte, zur Unterstützung der nationalen Bestrebungen des Reichsverbandes einen

Jahresbeitrag in Höhe von . . .	12,— Mk.
sowie eine einmalige Spende von .	10,— „
in Summa	22,— Mk.

zu zeichnen.

Wir sind jetzt mit der Einziehung unserer Beiträge für das Jahr 1907 beschäftigt und erlauben uns, auch an Sie die ergebene Bitte zu richten, obige Summe unter freundlicher Benutzung beiliegender Postanweisung an uns abführen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Der Vorstand
des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.
gez. von Liebert, M. d. R. gez. Dr. Bovenschen.

Das Bochumer „Volksblatt" bemerkt zu dieser dreisten Zumutung: Ungeniert nennen wir diese Art von Gelder einziehen, weil in dem Briefe gelogen wird, der betreffende Empfänger habe den Betrag von 22 Mk. gezeichnet, was bedeuten soll, er habe sich verpflichtet, diese 22 Mk. zu zahlen, was unserem Genossen gar nicht eingefallen ist. Derselbe gehört 15 Jahre dem Sozialdemokratischen Verein an und würde eher alles andere tun, als ein solch dreckiges Reichsverbandshandwerk mit seinem Notgroschen zu unterstützen. Diese Art von Mitgliederwerben und Geldsammeln gestattet einen Blick in die „vornehme" Agitationsweise dieser „gebildeten" Reichsverbändler.

Der Meineidsprozeß in Naumburg. Wie schon erwähnt, wurde der Genosse Voigt aus Teuchern am 30. September vom Schwurgericht in Naumburg wegen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Voigt ist 23 Jahre alt, verheiratet und bisher nicht bestraft. Er wurde beschuldigt, im Oktober v. J. vor dem Schöffengericht Teuchern in einer Beleidigungsklage des Polizeisergeanten Schulze gegen den Genossen Scharfenberg einen Meineid geleistet zu haben. Voigt bekannte sich als nichtschuldig. Der Polizist behauptete, daß er von Scharfenberg, der ihm feindlich gesinnt sei, eines Abends in Gegenwart von Voigt mit Schimpfnamen beleidigt worden sein soll. Mehrere Zeugen stellen den Vorgang aber so dar wie der Angeklagte, daß die gefallenen Ausdrücke dem Polizisten garnicht gegolten hätten. Vor dem Schwurgericht kam noch zur Sprache, daß Scharfenberg den Polizisten öffentlich des Diebstahls bezichtigt habe, ohne daß etwas in dieser Sache geschehen sei. Der Verteidiger hob hervor, Schulze leide Scharfenberg gegenüber an Verfolgungswahn, so daß er immer, wenn er dem Scharfenberg begegnete, das schlimmste annehme. Übrigens habe Schulze jedenfalls ein nicht ganz reines Gewissen, sonst hätte er doch Scharfenberg längst zur Anzeige gebracht wegen der Schimpfreden, wenn es sich so verhielt. Außerdem habe Scharfenberg doch öffentlich den Schulze wegen Diebstahls bezichtigt, ohne daß Scharfenberg zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Er müßte die Schuldfragen verneinen. Der erste Staatsanwalt Schwertfeger stellte jedoch diesen Poli-

---

„Ihr Verlaub, meine Herren," rief er, „Ihr Wein mag sehr fein sein, allein ich verfehle nicht, denen, die es indes machen würde, mein Ich. Wie ich es indes machen würde, weiß ich. Ich ginge direkt auf das Haus zu. Wäre die Tür verschlossen, so würde ich sie schon öffnen. Dann in das Haus gedrungen, jeder Kerl, der mir entgegentrete, würde so an der Brust gefaßt und niedergeworfen. Darauf würden alle gebunden an Händen und Füßen, und wenn ich die Kerle dann noch mehrfangen wollte, so würde ich ihnen die Kehle zuschnüren, bis sie kein Wort mehr über die Lippen zu bringen vermöchten und Farben riefen. So würde ich es machen, und ich denke, dies würde der kürzeste Weg sein."

Er mischte sich den Schmutz von der Seele, welchen diese Rede hervorgerufen hatte. Der Landrichter schwieg. Ihm schien das auch der kürzeste Weg zu sein, allein er bezweifelte nicht den Mut, ihn zu verfolgen. Er dachte, und vielleicht nicht ganz mit Unrecht, daß die Räuber sich nicht so unwillig niederwerfen und binden lassen würden, und seine Ehre als Landrichter gebiete auch nicht, das Zeugnis über selbst auszuführen.

„Schneller", sprach er endlich, „würden Ihr in der Nähe, wie der Förster angegeben, in das Haus eindringen? Ihr seid stark und ich glaube die Räuber schlafen noch."

„Ja, sie schlafen noch," antwortete der Gefragte. „Sie kennen den Heinrich Schneller, und ich denke, sie werden Farben rufen, sobald sie mich gesehen haben."

Der Landrichter und der Schöppe gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden und wurden zum Aufbruch, weil der Tag bereits heraufbrach.

Die Gendarmen brach mit lautem Lärm auf. Die einen Säbel rasselten und der Geng klirrte in den Sätzen. Vorneweg Christian Locardt, eine so riesige Gestalt, daß schon ein behaupteter Mut dazu gehörte, ihm frei ins Auge zu sehen. Er trug über der Schulter ein mächtiges Schlachtbeil und schwang sich laut, daß er mit diesem Beile jedesmal auf einen Schlag einen Schädel zertrümmere. Das gab auch dem Landrichter und den übrigen Mut.

Nach den Reden und Verhandlungen der Männer hatten die vier Landrichter in der Schenke nämlich Gelegenheit gefunden zu werden, ehe sie noch eine Hand zur Gegenwehr ausgestreckt vermochten. Je näher sie indes dem gefährlichen Hause kamen, um so fahler wurden sie, und manchmal trat zuvor noch einen tüchtigen Zug aus der mitgenommenen Flasche, weil ihm die Brust gewaltig enge wurde.

Auf Schnellers Rat näherten sie sich still hinter Gebüsch und Bäumen dem Hause. Es lag so ruhig und unschuldig da. Noch schien niemand in ihm wach zu sein. Allein diese Stille wirkte auf die meisten nur beängstigend.

Wenn nun die Verbrecher sie bereits erblickt und alles vorbereitet hatten, aus sicherem Schlupfwinkel auf sie zu feuern?

Unwillkürlich blieben die Ersten zurück, um den hinter ihnen Gehenden den Vorritt zu lassen, indes auch diese zögerten. Plötzlich, als sie kaum noch zwanzig Schritte von dem Hause entfernt und nur noch durch ein Gebüsch von ihm getrennt waren, stockte der ganze Zug. Alle standen still.

„Vorwärts marsch!" kommandierte der Landrichter, allein keiner von allen hörte auf sein Kommando.

Noch einmal ertönte des Landrichters „Vorwärts marsch!" indes auch diesmal wieder ohne Erfolg.

„Ich werde mich hier mit einigen Mann in den Hinterhalt legen", warf Schneller ein. „Dies ist ein wichtiger Posten, und weil ich Soldat gewesen bin . . . ."

„Ihr kommt mit uns!" rief der Landschöppe mit gedämpfter Stimme, um die Räuber, welche noch zu schlafen schienen, nicht unnötig zu wecken. „Wir umstellen das Haus, dann dringt die Hälfte von uns ein und wirft die Verbrecher nieder, wenn sie sich widersetzen sollten. Nun folgt mir!"

Vorwegen schritt er voran. Er wußte selbst nicht, woher ihm in diesem Augenblicke der Mut kam — es war der Mut der Verzweiflung. Er wußte, daß man noch nach langer Zeit von diesem Unternehmen sprechen werde, und wie mußten ihn alle bewundern, wenn es dann hieß: der Landschöppe von Hartenstein, Christian Kneuffer, ist mit frischem Mute allen voran marschiert.

Allein sein Gesicht war mittlerweile bleich geworden, fast ebenso bleich als das des Landrichters, welcher mit zitternden Knien hinter ihm drein schritt.

Mit angehaltenem Atem und pochendem Herzen folgten ihnen die Männer. Der Hofschlächter hielt sein gewaltiges Schlachtbeil in beiden Händen krampfhaft, als gelte es, den mächtigsten Stier mit einem Schlage niederzuschmettern. Die anderen hatten ihre Gewehre, Pistolen und Hengsteln ergriffen.

Ungestört gelangten sie an das Haus. Es regte sich nichts drinnen. Der Landschöppe teilte leise einige Befehle aus, ließ die Türen und Fenster besetzen und sprach dann zu den Männern, die ihn mit bleichen Wangen umstanden:

„Freunde, nun folgt mir in Gottes Namen! Tue jeder seine Schuldigkeit — bedenkt, es ist ein großes Werk!"

Seine Stimme zitterte. Es fiel indes niemand auf, weil alle zitterten.

„Ja, folgt uns," wiederholte der Landrichter als schwaches Echo, mehr vermochte er nicht hervorzubringen.

Sie schritten auf die Haustür zu. Die Tür war offen. Mit der stillen Hoffnung, daß die Verbrecher das Haus bereits verlassen haben möchten, betraten sie dreister den Hausflur.

Die Wirtin kam ihnen entgegen. Bei dem Anblick der bewaffneten Männer und des ihr so verhaßten Landrichters stieß sie einen lauten Schrei aus und floh in ein Zimmer.

„Ihr nach! Faßt sie — bindet sie — werft sie zu Boden!" rief Locardt, sein mächtiges Beil schwingend und drängte den vor ihm stehenden Landrichter und Schöppen gewaltsam und wider ihren Willen vorwärts nach der Zimmertür zu.

In diesem Augenblicke erschien Lift in der Tür halb angekleidet, soeben durch den Angstschrei seiner Frau aus dem Schlaf erwacht. Er war allein im Hause, da der Student, der Wachtmeister und Müller dasselbe bereits vor dem hereinbrechenden Morgen verlassen hatten. Der erste Blick auf die Männer verriet ihm sofort, warum es sich handelte. Es galt ihm — seiner Freiheit — seinem Leben! Er war nicht der Mann, dasselbe gutwillig herzugeben. Er sprang zurück in das Zimmer.

„Er flieht!" rief Locardt. „Ha, er flieht — ihm nach — ihm nach!"

Er wollte die vor ihm Stehenden wieder vorwärts drängen, da erschien Lift zum zweiten Male in der Tür. Er hielt in jeder Hand eine Pistole — seine Augen glühten.

„Zurück!" rief er mit lauter, durchdringender Stimme.

Mehrere der Männer stürzten erschreckt der Haustür zu. Nur der Landrichter stand wie angewurzelt, der Schrecken hatte ihm die Kraft zum Fliehen geraubt.

Lift's Auge blieb auf ihm haften. Er haßte diesen Mann glühend, schon seit Jahren. Er wußte, was er von ihm zu erwarten hatte, wenn er in dessen Hand fiel.

(Fortsetzung folgt.)

zisten als einen gewissenhaften Beamten hin, zumal die Gegensätze in Teuchern besonders schroff wären. Die Geschworenen bejahten die Frage auf wissentlichen Meineid. Der Angeklagte wurde antragsgemäß zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Außerdem wird er für dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen werden zu können. Voigt wurde sofort in Haft genommen. Also wieder einmal ein Urteil, bei dem die „Gegensätze" eine große Rolle gespielt haben. Klasse gegen Klasse. Klassenjustiz im Klassenstaate. Das „Volksgericht", das Voigt auf zwei Jahre ins Zuchthaus schickte, bestand aus den Herren Fischer, Gemeindevorsteher aus Aupitz; Fuchs, Kaufmann aus Querfurt; Gürtsch, Gutsbesitzer aus Schladebach, Kruspe, Kaufmann aus Bibra; Meyer, Rentier aus Schönewerda; Petzold, Schulze aus Langenroda; Schimpf, Ortsrichter aus Oberwünsch; Schirmer, Mühlenbesitzer aus Kuhndorf; Schlegel, Kaufmann aus Weißenfels; Tillmanns, Kaufmann aus Zeitz; Tuchen, Rentier aus Naumburg; Unger, Fabrikant aus Zeitz.

Die „internationale" dänische Sozialdemokratie. Überall liebt es die Bourgeoisie, die einheimischen Sozialdemokraten als die schlechtesten Kerle unter allen Sozialdemokraten der Welt hinzustellen und ihnen ihre ausländischen Genossen als Muster, namentlich als Muster vaterländischer Gesinnung vorzuhalten. So machte es kürzlich in Dänemark der General Madsen, der Kriegsminister des ersten „liberalen" Ministeriums Deuntzer. Er machte den dänischen „Sozialistenführern" ihre „vaterlandslose Gesinnung zum Vorwurf, zitierte zum Beweise u. a. einige Äußerungen, die Genosse Borgbjerg jüngst in einer Rede zu Ringsted getan hatte, und führte im Gegensatz dazu „die starken landesverteidigungsfreundlichen Aussprüche Bebels, Jaurès, Millerands und anderer deutscher und französischer Sozialistenführer" an. Folkethingsmann Borgbjerg, der in jener Versammlung, wo Madsen diese Weisheit zum besten gab, nicht zugegen war, antwortet darauf in einem Offenen Brief im „Sozialdemokraten". Das merkwürdigste an der Geschichte ist nun, daß gerade die Worte, derentwegen Borgbjerg als der besonders vaterlandslose Mensch hingestellt wurde, nicht von ihm selbst stammten, sondern Zitat aus einer Rede Jaurès auf dem Stuttgarter Kongreß waren, Worte, die der französische Genosse dann in Paris vor einer von 6000 Menschen besuchten Versammlung unter begeistertem Beifall wiederholt hatte. Der von Madsen als patriotischer Musterknabe genannte Jaurès muß also wohl ebenso „antinational" und „vaterlandslos" gesinnt sein wie Borgbjerg, der nun seinen Gegner zu einer öffentlichen Diskussion über „Militarismus und Nationalität" einlud. Der tapfere General lehnte die Einladung ab. Was übrigens die „Vaterlandslosigkeit" der dänischen Sozialdemokratie betrifft, ist es bemerkenswert, daß ein deutscher bürgerlicher Schriftsteller, Emil Helms, in seinem kürzlich erschienenen Buche: „Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark" erklärt, daß der dänischen Sozialdemokratie in nationalen Dingen „kaum ein Vorwurf zu machen ist". „Antinational, wie man es der deutschen wohl nachsagt", schreibt er weiter, „ist die dänische Sozialdemokratie nie gewesen, so sehr sie auch allen Chauvinismus, ja überhaupt allen politisch-militärischen Nationalismus verworfen hat und ihren Nationalitätsbegriff auf die Kulturgemeinschaft gestellt hat."

Keir Hardie in Japan. Das Zentralorgan der Sozialisten von Japan berichtet über eine interessante Unterhaltung zwischen Hardie, der auf seiner Reise auch Japan besuchte, und dem bekannten japanischen Staatsmann Grafen Okuma zu Tokio. Man kam auf den Sozialismus zu sprechen, dem Okuma „durchaus nicht feindlich gegenüberzustehen erklärte". Auf Hardies Frage, warum die Anhänger des Sozialismus gegenwärtig von der Regierung so bitteren Verfolgungen ausgesetzt seien, antwortete Okuma, daß die Schuld auf beiden Seiten sei. Die Sozialisten seien zu hitzköpfig. Sie versuchten gleich das einzuführen, was sie in Büchern aus dem Westen lesen und wirkten damit auf die Arbeiterschaft ein. Die Regierung aber nehme die ganze Sache zu ernst und fürchte die Ausbreitung von verderblich wirkenden Lehren; sie gewinne einen falschen Eindruck von der Agitation. Sehr eifrig sprach sich Okuma für die Erweiterung des Wahlrechts aus. Grenzen will er in dieser Beziehung nur da ziehen, wo eine gewisse Bildungsstufe noch nicht erreicht ist. Wenn die Massen sich organisieren, um eine Reform des Wahlrechts durchzusetzen, müßte die Regierung nachgeben. Er selbst sei für die Reform eingetreten. Von den Genossen wurde Hardie in Yokohama und Tokio sehr herzlich aufgenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Freispruch. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin hatte sich die Frau des Buchhalters Bollwahn wegen versuchten Mordes an ihrem Manne zu verantworten. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf Freisprechung.

Schwere Strafe. Die Strafkammer in Trier verurteilte, wie von dort gemeldet wird, den Gefangenenaufseher Rauch, der den auf der Flucht erschossenen berüchtigten Einbrecher Mostart entweichen ließ, wegen Gefangenenbefreiung und Bestechung zu 3 Jahren Zuchthaus.

Schutz vor Schutzleuten. Recht merkwürdige Auffassungen von seinen Pflichten als „Hüter der öffentlichen Sicherheit" muß der Schutzmann Bruno Klöden in Zwickau gehabt haben, der vor der 2. Strafkammer des Zwickauer Landgerichts wegen „Vergehens im Amte" (§ 339 und 341 des Strafgesetzbuches) zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen wurde. Klöden war ein großer Liebhaber des weiblichen Geschlechts und hatte es besonders auf die am späten Abend promenierenden oder nach Hause kehrenden Liebespärchen abgesehen. Er verfuhr dabei so, daß er den „stärkeren Teil" davon entweder fortschickte mit dem Vorgeben, die junge Dame selbst nach Hause zu bringen, oder mit Anzeige wegen Unzucht drohte usw. In den meisten Fällen gelang der Trick. Die Herren ließen sich aus Angst vor einer öffentlichen Blamage von diesem Musterexemplar eines Schutzmannes einschüchtern und Klöden versuchte nun an ihrer Stelle sein Heil, erpreßte entweder Geld von seinen weiblichen Opfern oder gebrauchte sie geschlechtlich. Ja, er war sogar noch so frech, brieflich weitere Gunstbezeugungen zu fordern, Rendezvous zu verabreden usw. Einmal war der verheiratete saubere Galan infolge Entdeckung derartiger brieflicher Zwangsverabredungen bereits vom Dienst suspendiert worden. Einflußreicher Fürsprache gelang es jedoch, ihn im Amte zu erhalten. Klöden konnte aber nicht von seinen verbrecherischen Neigungen lassen und wurde endlich so ertappt, daß strafrechtlich gegen ihn eingeschritten werden konnte. Man sollte nun meinen, daß diese Tatsachen genügen mußten, den Mann, um weiteres Unheil zu verhüten, sofort seines Amtes zu entheben. Aber weit gefehlt! Der Rat der „schönen Schwanenstadt" hielt es jedenfalls „im Interesse der öffentlichen Sicherheit" trotzdem für angebracht, den „Amorboten im Schutzmannshelm" bis vor wenigen Tagen weiter zu beschäftigen. Und da sage noch einer, daß man kein Vertrauen zu unseren Sicherheitsbehörden haben könne.

Schutz dem besoffenen Schutzmann. Aus Straßburg wird folgende Geschichte, die ebenso gut an einem anderen Orte in Preußen-Deutschland passiert sein könnte, gemeldet: Eine friedliche Familie verläßt das Bierhaus, um heimzusteuern. Vor dem Lokal begegnet man einer Polizeipatrouille; ein Mann davon fixiert eine Dame der Gesellschaft, um sie herumgehend in ostentativ beleidigender Weise. Der Ehegatte verbittet sich das. Ehe er sich aber dessen versieht, hat ihn der edle Hüter der Ordnung am Kragen; der also unsanft Angepackte versucht sich zu legitimieren; hilft nichts; er wird in der rohesten Weise geschüttelt und gestoßen und auf die Wache geschleppt. Unterdessen hat sich Publikum angesammelt, das gegen die Festnahme demonstriert und dem sich wie einen Rasenden gebärdendenen Schutzmann zuruft, er sei betrunken. Unter dem Publikum sind zwei Ärzte, die mit zur Wache gehen und dort im Lokal konstatieren, der Schutzmann sei betrunken. Ebenso erlaubt sich der Festgenommene, Mißhandelte und Mitgeschleifte die Konstatierung dieser Tatsache. Vor dem Lokal sammelt sich Publikum an, das sich über den betrunkenen Schutzmann weidlich entrüstet. Ehe man sich's versieht, hat ein Schutzmann einen jungen Arbeiter am Kragen und wirft ihn buchstäblich in die Wachtstube. Der Verhaftete wird natürlich, da ja nicht der geringste Anlaß vorlag, entlassen. Nach za. 2 Stunden geht der Held in Uniform zu einem Arzt, schellt ihn aus dem Schlaf, damit er feststelle, daß er (der Schutzmann) nicht betrunken sei. Der Arzt attestiert dies zwei Stunden nach dem Vorfall. Der Verhaftete und ebenso die Ärzte beschritten nun den Beschwerdeweg. O Schreck! Die Staatsanwaltschaft hat um Niederschlagung der Sache. Aber die Herren waren vernünftig und energisch genug, auf ihrem Rechte zu bestehen. Und nun kommt das Schöne: die beiden Ärzte, der Verhaftete und der Arbeiter wurden wegen Beamtenbeleidigung unter Anklage gestellt, weil die vier konstatiert hatten, daß der Schutzmann betrunken sei. Eine herrliche Methode, den Spieß umzudrehen. Aber als Muster deutschen Beamtendünkels und der Polizeiwirtschaft geradezu typisch! — Das Resultat der Verhandlung vor dem Schöffengericht war für die Behörde niederschmetternd. Von vorneweg wurden die beiden Ärzte und der Verhaftete freigesprochen, weil sie zweifellos in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hatten. Dem Arbeiter wurde dies nicht zuerkannt. Als ob es nicht ein berechtigtes Interesse des einzelnen wäre, übergriffe der Polizei gegen jedweden aus dem Publikum festzunageln. Die Handlungsweise des Schutzmanns wurde für ungesetzlich erklärt. Im übrigen wurde auf die seltsame Methode der Behörden, den Spieß umzudrehen, der Finger gelegt. Es wurde konstatiert, daß man einen Schutzmann, der in die bürgerliche Freiheit durch rechtsverletzende Handlungen eingreift, als Zeugen habe auftreten lassen, um gegen die auszusagen, die unschuldigerweise von ihm mißhandelt wurden.

Liebreicher Pfarrer. Nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte das Schöffengericht zu Barmen den evangelischen Pfarrer Otto Köhne aus Gevelsberg bei Hagen und seinen Schwager, den Kaufmann Konrad Bornermann wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung des Ingenieurs Ketteler aus Haspe, den Pfarrer zu 400 Mk., seinen Schwager zu 500 Mk. Geldstrafe. An einem Abend im November 1905 bestiegen die Angeklagten am Bahnhof Barmen-Rittershausen ein Abteil zweiter Klasse. In diesem hatte sich Ketteler auf der einen Seite lang ausgestreckt; außer ihm befand sich nur noch ein Reisender, ein Kaufmann Lange aus Altenvörde, im Abteil. Als Pfarrer Köhne eintrat, setzte er sich, nachdem er das Abteil zuvor gemustert, auf das Gesicht des daliegenden Ingenieurs. Er unterließ es, sich zu entschuldigen, worauf der Ingenieur sein Benehmen unverschämt nannte. Darauf griff Bornermann den Ingenieur tätlich an, um die „schwere Beleidigung" des Pfarrers zu rächen; er wurde aber vom Ingenieur beiseite geschleudert, ebenso der Pfarrer, der den Ingenieur ebenfalls tätlich angegriffen hatte. Bahnbeamte stellten dann den Frieden bald wieder her; der Pfarrer lehnte es jedoch ab, ein anderes Abteil zu besteigen. Als der Zug in Fahrt war, hieb der Pfarrer plötzlich mit seinem Metall-Spazierstock nach dem ruhig dasitzenden Ketteler, der Hieb traf indessen nur die Lampe, die in Trümmer ging. Als bei der nun entstehenden Auseinandersetzung der Pfarrer erfuhr, daß der Ingenieur Reserveoffizier sei, rief er: „Es ist bedauerlich, daß ein Flegel wie Sie Reserveoffizier ist!", und seinen Schwager Bornermann forderte der Pfarrer auf: „Wenn es so weit ist, zehn Schritt Distanz, dann gib ihm, was ihm zukommt!" Ketteler unterbreitete diese Affäre dem Ehrenrat des Offizierkorps in Hagen. Der Ehrenrat vertagte seine Entscheidung bis nach Beendigung des Gerichtsverfahrens. Ketteler wurde zuerst auf den Weg der Privatklage verwiesen, die am Bochumer Schöffengericht verhandelt wurde, das sich jedoch für unzuständig erklärte. Auf Grund der Aussagen des Kaufmanns Lange wurde die Anklage wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung erhoben, nachdem die Sache ans Schöffengericht zu Barmen verwiesen worden war. Bornemann erstattete nun gegen den Zeugen Lange Anzeige wegen Meineid; alle Instanzen entschieden aber, daß das Verfahren gegen den Zeugen einzustellen sei.

Eine scheußliche Soldatenmißhandlung wurde in Freiburg (Baden) abgeurteilt. Vor dem Kriegsgericht der 29. Division hatte sich Unteroffizier Wilk von der dritten Kompagnie des 76. Feld-Art.-Regts. zu verantworten wegen vorsätzlicher Mißhandlung. Der Kanonier Frey hatte nach Ansicht W.s die Strohhalme nicht sauber genug aus dem Pferdemist gelesen; W. gab den Befehl, die Arbeit mit dem Munde zu verrichten. Der Kanonier weigerte sich und der Unteroffizier wiederholte den Befehl. Der Kanonier befürchtete Aburteilung wegen Gehorsamsverweigerung und holte in der Tat mit dem Munde einen Halm aus dem Mist. Arbeiter, die Ställe ausbesserten, erfuhren von dem Vorgang und machten dem Regiment Mitteilung. Der Unteroffizier begab sich etwa eine viertel Stunde vor dem Verhör zu Frey und sagte zu ihm, er solle angeben, daß er den Strohhalm nicht mit dem Munde, sondern mit dem Finger aufgelesen habe. Frey aber hörte nicht darauf, sondern schilderte den Vorfall wahrheitsgetreu. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis (abzüglich 14 Tage Untersuchungshaft) und Degradation. (Anderen Militärgerichten zur Beachtung empfohlen! D. Red.)

Aus Nah und Fern.

Eine furchtbare Bluttat ist kürzlich in der Nacht im Hause Weimarer Straße 8 in Dresden-Neustadt verübt worden. Der bei seinem verheirateten Bruder wohnende Tischlergeselle Rogler versuchte die ebenfalls dort wohnende 19jährige Schwester seiner Schwägerin, Frl. Ditz, zu vergewaltigen. Da sie sich energisch zur Wehr setzte, schnitt er ihr mit einem scharfen Messer die Kehle durch. Als Frau Rogler hinzukam, schoß er sie mit einem Revolver nieder. Das 19jährige Mädchen ist tot, die Frau jedoch noch am Leben. Der Mörder stürzte sich nach der Tat vier Treppen hoch auf die Straße und blieb tot liegen. Auch der Ehemann, der Kellner Rogler, wurde von dem Mörder angegriffen und durch zwei Schüsse verletzt.

Ein Hauswirt und Armenvorsteher als Revolverheld. Am Donnerstag abend versuchte in Berlin der Hausbesitzer Liebig seinen Portier, den 54 Jahre alten Arbeiter Heinrich Becker, zu erschießen. B. erhielt eine lebensgefährliche Verletzung am Kopf. Auch ein Unbeteiligter, der 20 Jahre alte Handwerker Otto Bachmann, Weidenweg 35, wurde durch einen Streifschuß verletzt. Ebenso erhielt ein dritter Unbeteiligter eine Schußverletzung. Ueber den Vorgang wird berichtet: In dem Hause Rigaerstraße 26, das Eigentum des Lehrers und Armenvorstehers Liebig ist, war der Arbeiter Becker seit längerer Zeit Portier. Am 18. vorigen Monats hatte B. von dem Hauswirt die Kündigung zum 1. Oktober erhalten. Da er auf 14tägige Kündigung engagiert worden war, glaubte B., ihm sei nicht ordnungsgemäß gekündigt worden und blieb infolgedessen wohnen. Auf die Vorhaltungen des Hauswirts erwiderte er, er sei nicht verpflichtet, zu ziehen. Donnerstag abend, kurz vor 9 Uhr, begab sich der Hauswirt zu dem Portier, drang in ihn, daß er seine Sachen packe und ziehe. B. glaubte jedoch, in seinem Rechte zu sein, wenn er bleibe, und infolgedessen weigerte er sich, der Aufforderung des Hauswirt nachzukommen. Auf dem Hofe trafen sich die beiden kurz darauf wieder. L. hatte sich inzwischen mit einem Revolver und einer langen Stange bewaffnet. Es kam nun zwischen dem Portier und dem Hauswirt zu einem erbitterten Streit, in dessen Verlauf L. mit der Stange auf B. losging. Der Angegriffene setzte sich zur Wehr, worauf L. den Revolver zog und mehrere Schüsse abfeuerte. Eine der Kugeln traf den Portier in die Stirn. Besinnungslos brach der Getroffene zusammen. Er wurde sofort nach der Unfallstation in der Warschauerstraße gebracht, doch gelang es dort nicht, die Kugel zu entfernen. In bedenklichem Zustand fand B. im Krankenhaus Am Friedrichshain Aufnahme. Eine zweite Kugel streifte den Handwerker Bachmann, der als Unbeteiligter dem Auftritt beigewohnt hatte, an der linken Brustseite. Auch B. wurde nach der Unfallstation gebracht. Ein dritter Unbeteiligter, der sich ebenfalls zu der erwähnten Zeit auf dem Hof aufgehalten hatte, wurde gleichfalls durch einen Streifschuß verletzt, auch er wurde in ärztliche Behandlung genommen. L. wurde von der Polizei sistiert und nach der Wache gebracht. Er behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. Die Untersuchung dürfte hierüber näheres ergeben.

Die Tragödie eines Dienstmädchens. Vor kurzem ertränkte sich im Ludwigskanal bei Forchheim i. B. ein jugendliches Dienstmädchen. Das arme Geschöpf ist direkt in den Tod getrieben worden, wie aus einem hinterlassenen Briefe der Selbstmörderin hervorgeht, den bürgerliche Blätter veröffentlichen. Das Mädchen war bei dem Großhändler Ochs bedienstet und hatte wegen schlechter Behandlung gekündigt. Darauf wurde sie von der Herrschaft denunziert, einen lumpigen Gürtel gestohlen zu haben, was das Mädchen in Abrede stellte. Als sie vor Gericht geladen wurde und hörte, daß die Dienstherrschaft den Diebstahl beschwören wolle, nahm sie sich das Leben.

Sächsische Schulweisheit. Im Gasthofe zu Böhmisch-Vollung, einem Orte bei Pulsnitz, wurden Tanzstunden gegeben. Auffällig war es, daß den Fortbildungsschülern aus Pulsnitz der Besuch des Tanzkurses verboten wurde. Die Aufklärung brachte darüber folgenden Bescheid, der auf Vorstellungen hin erging:

> Die Erlaubnis zum Besuche der Tanzstunden in Böhmisch-Vollung (Gasthof) muß verweigert werden, da der Schulausschuß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen hat, Fortbildungsschülern den Besuch von Tanzstunden in Wirtschaftsbetrieben, in denen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, zu verbieten.
>
> Pulsnitz, den 26. September 1907.
>
> Der Ortsschulinspektor.
> Direktor Brück.

Täppischer kann sich ein Schulausschuß wohl kaum benehmen.

Vercichert Euch! Die in Pirmasens erscheinende Fachzeitschrift „Die Schuhindustrie" bringt in ihrer letzten Nummer folgenden sensationellen Bericht eines ihrer Korrespondenten: Geehrte Redaktion! Roßhäute kosten heute das Stück etwa 18 Mk., während sie Anfangs Oktober 1906 noch etwa 26 Mk. kosteten, sie waren demnach das Stück um etwa 8 Mk., also über 43 Proz. teurer als heute und kein Fachblatt hat bis heute diese Veränderung den Schuhfabrikanten vor Augen geführt. Die Roßlederfabrikanten sind sozusagen organisiert und haben infolgedessen große Vermögen in den letzten Jahren verdient. Dieser Verdienst wird aber um so größer, wenn man bedenkt, daß die oben erwähnte Verbilligung enorm aufsehenerregend ist. Es gibt Roßlederfabriken, die nahezu 100 000 Häute gerben; das sind viele hunderttausende Mark, die sie heute billiger kaufen, wie im Herbst vorigen Jahres, und die Preise haben sich trotzdem gar nicht geändert. Warum? Weil die Schuhfabrikanten und Lederhändler über die Situation nicht unterrichtet sind. Die Fachzeitungen wahren zu einseitig das Interesse der Gerber, aus dem Titel der „Schuhindustrie" entnahm ich aber, daß Sie die Interessen der Schuhfabrikanten wahren wollen, und deshalb bitte ich um Veröffentlichung obiger Tatsachen. Roßleder und -Klauen müßten eigentlich 80 Pf. bis 1 Mk. das Pfund billiger sein, als sie es heute sind, selbst wenn man dem Gerber den hohen Nutzen beim höchsten Stand der Konjunktur ungeschmälert lassen will. Fast alle Gerber sind reiche Leute, die Schuhfabrikanten, die Roßleder verarbeiten, meist arme Schlucker. Hochachtend usw. — Das Blatt selbst schreibt dazu: Wir haben uns an zuständiger Stelle erkundigt und dabei in Erfahrung gebracht, daß die Preisnotierungen, die unser Korrespondent anführt, tatsächlich richtig sind, und daß der Pirmasenser Fabrikantenverein bereits in einem Zirkular, in dem er seine Mitglieder ersucht, in Roßleder keine größeren Abschlüsse zu machen, zu der Roßlederfrage Stellung genommen hat. Der Preisbericht der Sachverständigenkommission der Lederinteressenten vom 19. September weist folgende Notierung auf: Roßhäute, deutsche, das Stück 16,50 Mk. bis 18,50 Mk., Roßschuhleder, Wild von gesalzenen Häuten —,— Mk., do. do. do. trockenen do. 3,60—4,50 Mk., deutsches 3,80—5,— Mk. das Kilogramm.

Aus versehen erschossen. Aus Bamberg wird gemeldet: Der Kunstmühlenbesitzer Döring aus Pfarrweisach erschoß auf einer Treibjagd aus Versehen den 70jährigen Ökonomen Lurz.

Ostelbisches aus Ostelbien. Gegen den Lehrer K. O. Leipacher in Grabowen (Ostpreußen) ist von der Gumbinner Regierung, wie Professor Gurlitt im „Volkserzieher" mitteilt, das Disziplinarverfahren mit sofortiger Suspendierung vom Dienst eingeleitet worden. Er soll sich angeblich durch seine Schriftstellerei bei den Mitgliedern des Schulvorstandes und anderen Dorfbewohnern um jedes Vertrauen gebracht haben. Verschiedene seiner Arbeiten sind der Regierung als „Beschwerdematerial" überreicht worden, so ein Aufruf in der „Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen" über das Thema „Die Gewissensfreiheit der Lehrer und Geistlichen".

Was hat auch ein Lehrer in Preußen nach Gewissensfreiheit zu fragen! Natürlich handelt es sich um Differenzen mit dem Ortspfarrer. Er soll des „Verbrechens" schuldig sein, den Sündenfall als Sage bezeichnet, in der Naturgeschichte von Entwickelung gesprochen zu haben und dergleichen mehr. Bevor aber noch irgendeine Entscheidung getroffen worden ist, setzt man den „Delinquenten auf halbes Gehalt und mutet ihm zu, sich und seine Frau mit 39½ Mark monatlich durchzuhelfen. — Diese Stockprügel auf den Magen, ehe ein Disziplinarurteil gefällt ist, sind ebenso lieblich, wie die russische Knute. Aber die Liberalen wollen Herrn Holle noch Zeit lassen, bis der liberale Heiligenschein um sein Haupt hervortritt.

Ein böses Mißgeschick verfolgt das dänische Ministerium bei der Empfehlung von Gesetzgebern. Wie der „Frankf. Ztg." aus Kopenhagen mitgeteilt wird, sah sich der vor ungefähr zwei Jahren infolge Empfehlung des gegenwärtigen Ministeriums zum lebenslänglichen Mitgliede der Ersten Kammer ernannte Rechtsanwalt Hansen aus Kolding gezwungen, sein Mandat niederzulegen, weil er des Wuchers überwiesen worden war. Wenige Tage später wurde an Stelle Hansens ein treuer Anhänger des Ministeriums, der Pastor Bjerre, in die Erste Kammer berufen, und jetzt ist auch schon dieser ein politisch toter Mann. Unmittelbar nach seiner Ernennung wurde Pastor Bjerre in einer unserer Skandalzeitungen beschuldigt, sich vor einigen Monaten während einer Trauerfeier in der Kirche gegen eine junge Frau unzüchtig benommen zu haben. Pastor Bjerre wies diese Anschuldigung tief entrüstet zurück. Nun ist aber ein Brief veröffentlicht worden, den er gleich nach dem Vorgang an den Mann der betreffenden Frau gerichtet hatte und in dem er erklärt, er schäme sich seines Betragens; er bitte um Verzeihung und spricht seinen Dank dafür aus, daß man es unterlassen habe, ihn bei seiner Behörde zu verklagen. Pastor Bjerre konnte nicht in Abrede stellen, daß er diesen Brief geschrieben hatte, und er legte sofort sein Mandat nieder. Auch ist er bereits von seinem priesterlichen Amt suspendiert worden.

Die falsche Bombe. Wird da irgendwo in der Schweiz eine Brücke gebaut. Der leitende Ingenieur will sich von der Festigkeit der Zementmauer überzeugen, läßt ein Stück abschlagen, gegen Bezahlung in einen Sack fest verschnüren und durch einen Arbeiter zum Rathaus tragen. Der Arbeiter legt den Sack einfach hinter die Rathaustür. Etwas später entdeckt der Weibel das eigentümliche Gepäckstück, und da wir, sagt die „N. Zür. Ztg.", der wir die Geschichte entnehmen, nun einmal im Zeitalter der Bomben leben, steigt in dem Wächter der öffentlichen Ordnung schwerer Verdacht auf. Er läßt das Ding liegen, eilt in die Gerichtskanzlei und gibt Kunde von seiner Entdeckung. Der Herr Gerichtsschreiber wittert ebenfalls Unrat, der Sack wird von allen Seiten betrachtet, und da man Angst hat, er könne losgehen, wenn man ihn aufmache, wird verfügt: Der unheimliche Fund ist sorgfältig aufzuheben und unverweilt draußen im See zu versenken. Der Befehl wurde sofort mit aller Sorgsamkeit ausgeführt, und wie der unheimlich beschwerte Sack von unten aus des Sees Tiefe sich wiederspiegelte, atmete man im Rathaus erleichtert auf. Am Abend trifft der Herr Kantonsingenieur auf seinem Bureau ein und sucht vergeblich nach seinem Sack mit dem Zementstück, um es nach Zürich an die eidgenössische Probeanstalt abzuliefern. Der Arbeiter wird verhört und die Bombengeschichte kommt unter homerischem Gelächter an den Tag. Am letzten Sonntag noch ruhte der verhängnisvolle Sack am Ufer des Zugersees auf stillem Grunde.

Eine geheimnisvolle Affäre beschäftigt zurzeit die Öffentlichkeit in Prag. In einem dortigen Blatte erschien dieser Tage eine Annonce, in der eine Frau Fischel und ihre Tochter öffentlich bekannt machen, daß sie am Leben seien, und ihre genaue Adresse angeben. Das Rätselhafte dieser Annonce veranlaßte einen Mitarbeiter des Blattes, den beiden Damen einen Besuch abzustatten und sie darum zu ersuchen, den Grund anzugeben, der sie zu diesem seltsamen Lebenszeichen veranlaßt. Sie überlegten einen Moment, ob sie nähere Angaben machen sollten, und entschlossen sich dann, folgende Geschichte zu erzählen, deren geheimnisvolle Romantik wohl noch ihre nähere Aufklärung finden wird: Die Tochter der Frau Sofie Fischel, Fräulein Emilie Fischel, habe sich vor einigen Jahren in geheimer, aber rechtsgültiger Ehe mit einem Aristokraten vermählt — den Namen geben die Damen nicht an —, der in der Prager bürgerlichen Gesellschaft unter dem Namen Ing. Chem. Julius Fischer verkehrt habe. Seit dem Januar 1901, also jetzt nahezu sieben Jahren, ist der Aristokrat dieses Julius Fischer verschollen. Die beiden Damen, seine Gattin und seine Schwiegermutter, sind nun in der Lage, sichere Anhaltspunkte zu geben, die zur Todeserklärung des Verschollenen verhelfen würden. Gleichzeitig mit dem Adeligen sind auch dessen Dokumente verschwunden, und zwar — so erklärten die beiden Damen — auf eine ganz absonderliche Art und Weise. Da nun die Damen an dem Rückerhalt dieser Papiere großes Interesse haben und nicht ganz genau wissen, wer diese an sich genommen hat, so wollten sie durch ihr auffallendes Inserat die gesamte Öffentlichkeit Prags und damit auch den gegenwärtigen Aufbewahrer der Dokumente davon in Kenntnis setzen, daß die Witwe des Adeligen noch am Leben und wo sie zu finden ist.

Im Bergwerk verunglückt. Wie aus London gemeldet wird, stürzte in einem Kohlenbergwerk bei Bolton ein Förderkorb in die Tiefe; neun Arbeiter, die sich in dem Korbe befanden, sind getötet worden. Hierzu werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Ein schrecklicher Unfall ereignete sich in der Foggs-Kohlengrube im Dorfe Darcy Lever bei Bolton. Als bei der Beendigung der Tagesarbeit die Tagesarbeiter zu je 10 Mann mit einem Förderkorb aus dem etwa 290 Meter tiefen Schacht an die Oberfläche befördert werden sollten, stürzte infolge Reißens des Seils der Korb mit 9 Mann und 2 Wannen Kohlen aus der Höhe von etwa 200 Meter in die Tiefe, durchbrach die Holzbrücke am Boden und schoß sodann auf das am Grunde befindliche 20 Fuß tiefe Wasserloch, in dem die eingeschlossenen 9 Mann unfehlbar ertrinken mußten, wenn sie der Sturz nicht schon getötet hätte. Die Angehörigen der Verunglückten drängten sich an die Öffnung des Schachts, wo sich herzzerreißende Szenen abspielten.

Die rasende Eisenbahn. Auf der Strecke Halmstad—Näßjö der schwedischen Eisenbahn gab es dieser Tage eine ungeheure Aufregung. Ein stark überfüllter Sonderzug, der auf den Zwischenstationen halten sollte, wurde rechtzeitig abgelassen, doch überfuhr er unterwegs sämtliche Haltesignale, durchlief mit voller Geschwindigkeit die einzelnen Stationen und ließ sich auch durch kein Warnungssignal zum Stehen bringen. Der Passagiere bemächtigte sich eine große Panik, Frauen sprangen entsetzt aus dem Zuge, man schrie fortwährend um Hilfe, nichts änderte die sich stetig mehrende Geschwindigkeit des Sonderzuges. Auf telegraphische Benachrichtigung hin lenkte man den Zug schließlich auf ein totes Geleis, und hier fuhr er endlich auf eine Sandbank auf, ohne daß ein weiteres Unglück sich ereignete. Die Ermittelungen ergaben, daß der Maschinist sich unterwegs total betrunken hatte und eingeschlafen war. Der Heizer, der mit der Maschine nicht Bescheid wußte, wagte den Maschinisten nicht zu wecken, da er sich vor ihm fürchtete. Beide wurden sofort in Haft genommen.

Liebesdrama. Wie aus Paris berichtet wird, erdrosselte der Notar Chaboussant in Angoulême seine Geliebte und verübte dann Selbstmord am Grabe seiner Ehefrau.

„Reinigungsarbeit". Der „Koblenzer Zeitung" schreibt ein Leser: Vor mir liegt ein Büchlein, betitelt: „Immergrün." Sammlung ausgewählter Lieder, klassischer und moderner Richtung, ein-, zwei-, drei- und vierstimmig, mit und ohne Pianofortebegleitung. Insbesondere zum Gebrauch in höheren weiblichen Bildungsanstalten, klösterlichen Instituten und musikalisch gebildeten Familien. Eigentum und Verlag von Fritz Gleichauf in Regensburg. In dem Büchlein konnte ich folgende „Verbesserungen" von Dichtungen feststellen:

„Die Uhr" von Gabriel Seidel. Komponiert von C. Löwe.

Urtext:	Änderung:
Sie schlug am Morgen der Liebe,	Sie schlug im Taumel des Lebens,
Sie schlug am Traualtar,	Sie schlug an manchem Altar,
Sie schlug an der Wiege des Kindes.	Sie schlug in den Tagen der Kindheit.

„Mignon" von Goethe.

Urtext:	Änderung:
Dahin! Dahin! Möcht ich mit Dir, o mein Geliebter, zieh'n.	Dahin! Dahin! Möcht ich mit Dir, o mein geliebter Vater, zieh'n.

Die Bergungsversuche des beim Stapellauf in Riva-Trigoso bei Genua verunglückten Überseedampfers „Principessa Jolanda" des Lloyd Italiano mußten wegen stürmischer See eingestellt werden. Das für 6 Millionen Lire versicherte Schiff ist nach dem Urteil der Sachverständigen total verloren.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater wurde gestern „Lohengrin" erstmalig wiederholt und zwar in teilweise neuer Besetzung. So war die Partie der Elsa auf Frl. Erichsen übergegangen, die am Dienstag die Ortrud sang. Es ist gewiß nicht leicht, zwei so grundverschiedene Charaktere zu verkörpern. Die Künstlerin bot aber sowohl gesanglich wie darstellerisch eine gute Leistung. Als Ortrud bewies Frl. Bonander, daß sie zwar über eine angenehm klingende Mezzosopranstimme verfügt, daß ihr jedoch für die dämonische Friesentochter der richtige Ausdruck fehlt. Die Chöre gingen etwas besser wie bei der Erstaufführung.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt
5. Oktober.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 2204 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere —59 Mk., leichte 57—58 Mk., Sauen 50—54 Mk. und Ferkel 53—56 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 52. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Julius Motteler zum Gedächtnis. Von M. G. — Ein Vierteljahrhundert. — Über den Marxismus in Rußland. (Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der „Neuen Zeit".) Von Trotzky. — Möglichkeiten des Klassenkampfes. Das Verhältnis des Proletariats zur Monarchie. Von Karl Renner. — Die Geschichte eines Buches. Von Otto Bauer. — Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Sursky (Petersburg). I. — Sozialismus in der amerikanischen Poesie. Von Henriette Roland-Holst. — Literarische Rundschau: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift. Redaktion: Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner. Verlag: G. Emmerling, Wien VI. Von r. h. Dr. Rudolf Wassermann, Beruf, Konfession und Verbrechen. Von Dr. W. A. Bonger, Amsterdam. Viitorul Social. Monatliche Revue der rumänischen Sozialdemokratie, redigiert von Dr. C. Rakovski, Georg Grigorovici und M. Gh. Bujor, Redaktion und Administration: Jassy, Str. Sf. Teodor 31. Von x. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

C. K. Die Taler gelten seit dem 1. Oktober 1907 nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel, sie werden jedoch bis zum 1. Oktober 1908 zum vollen Wert bei den Banken angenommen.

D. R., Reinfeld. In solchen Fällen bleibt nur der meistens völlig aussichtslose Weg der Inanspruchnahme der ausländischen Behörden.

2 Streitende. Bei ¼jährlichen Mieteverträgen hat die Kündigung spätestens am 3. Werktage des Vierteljahres zu erfolgen.

Zwei Streitende. Die Staatsangehörigkeit erlischt nur auf Antrag oder infolge längerer Anwesenheit im Auslande. Es kann also jemand zwei Staatsangehörigkeiten in Deutschland besitzen. Die gegenteilige Auffassung ist irrig.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

6. Distrikt (Mühlenstraße).
Heute Montag abend 8½ Uhr: Versammlung im Vereinshaus.

Sonnabend abend entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die Witwe
Maria Airle geb. Lenschow
im 78. Lebensjahre.
Auf Wunsch von den Kindern.
Eduard Höiert u. Frau geb. Airle.
Georg Schönrock und Frau geb. Airle.
Wilh. Gräwe und Frau geb. Airle.
Heinr. Schmedemann und Frau geb. Airle, verw. Airle.
Schlamacherstraße 5 14.
Beerdigung am Donnerstag, den 10. Oktober 1907, 1½ Uhr von der Kapelle (Burgtor) aus. Trauerzeit 10½ Uhr.

Logis an zwei junge Leute
zu vermieten.
Wakenitzstraße 35 II r.

Ein Zimmer zu vermieten an einen jungen Mann.
Gr. Popenhagen 7, Hinterhaus.

Nehmen gutem. Reißbretter
zu vermieten.
Beckerstraße 36.

Ludwig Prösch, Schlosser,
Lübeck, Weiter Grundstücken 2.
empfiehlt sich zum Anfertigen von Geländern, Einfriedungen von Gärten, Friedhöfen, Fahrradständen, Ketten usw. sowie zu allen in seinen Fache vorkommenden Arbeiten.
Preiswerte gewähr.

Jack's Familien-Musik-Instrumente
Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern, Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.
Verkauf zu Original-Fabrikpreisen.
Musikhaus Jack, Königstrasse 96.

Wir empfehlen folgende Schriften:

Politischer Massenstreik	20 Pfg.
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat	10 Pfg.
Kommunale Schulpolitik	50 Pfg.
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen	30 Pfg.
Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen	20 Pfg.
Wie schütze ich mich als Soldat vor Mißhandlungen	50 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Abhanden gekommen ein Mitgliedsbuch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Abzugeben in der Exped. d. Bl.

Verloren
ein halber Kinderfilzhut vom Hüxtengraben bis Hüxterstraße. Wenn abzugeben
Hüxterstraße 22 a, part.

Gute Zigarren, 100 Stück **2.90** Mk.
Johannisstraße 17/19.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Johannisstraße 13.

Vogelhandlung
Marktstraße 2.

Frau Karsten, Schamme
wohnt jetzt:
Marlistraße 10 b.

Achtung!
Die ganze Elsrichstraße muß wissen, daß man **Gemüsearen** am besten kauft bei
W. Spethmann.

Uhrglas einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxtstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Karl Obst, Am Brink 11 b.
Reelle und billige Schuhreparatur-Werkstatt.

Geschäftseröffnung!
Hierdurch mache ich dem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich in der
Travelmannstraße Nr. 47
ein
Kolonialwaren- und Flaschenbiergeschäft
errichtet habe, desgleichen auch das
Brot von der Genossenschafts-Bäckerei
führe. Es wird mein Bestreben sein, die werten Kunden aufs beste zu bedienen.
Achtungsvoll **Heinrich Junge,**
Travelmannstraße 47.

In Oeblinden, Flaschen und Kleinverkauf.
Ludw. Hartwig, Quertrade 8.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,40 Mark.